

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

1-2022

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe Januar-Februar 2022

Redaktionsnotiz.....	3
Wir sollen Thälmann „vom Sockel denken“.....	5
<i>Hans Bauer</i> : Angriff auf Thälmann.....	5
Corona und die kommunistische Bewegung.....	7
<i>Heinz Ahlreip</i> : Lindner, Trump und Bolzonaro.....	7
<i>Internationale Kommission der KPD</i> : Die Corona-Pandemie in der internationalen kommunistischen Bewegung.....	9

Imperialismusanalyse aktuell.....	14
<i>Gretl Aden</i> : Vorkriegs- und Kriegszeiten: Unterschiede und Gemeinsamkeiten der zwischenimperialistischen Widersprüche im Vergleich 1914 bis heute.....	14
<i>Thanasis Spanidis (KO)</i> : Imperialismus, „multipolare Weltordnung“ und nationale Befreiung.....	36
Kasachstan.....	50
Vorbemerkung der Redaktion.....	50
<i>Erklärung des ZK der KPRF</i> : Die Stimme der arbeitenden Menschen in Kasachstan muss trotz der Provokateure gehört werden!.....	50
<i>Emko</i> : Um was geht es in Kasachstan?.....	55
Zu den Wahlen in Chile.....	59
<i>ZK der KPD</i> : Präsidentschaftswahlen in Chile.....	59
<i>Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR)</i> : Angesichts der Wahl von Gabriel Boric.....	61
<i>Maela-Chile</i> : Die erste Arbeitsstelle des gewählten chilenischen Präsidenten.....	63
Wissenschaft, Politik und Religion.....	68
<i>Heinz Ahlreip</i> : Vor 450 Jahren wurde Johannes Kepler geboren....	68
<i>Heinz Ahlreip</i> : Joseph Dietzgen (9.12.1828 – 15.4.1888).....	71
<i>Heinz Ahlreip</i> : Luther, Marx, Lenin. Thesen, die die Welt bewegten und noch bewegen.....	73
<i>Heinz Ahlreip</i> : 2021 – 150 Jahre Pariser Commune.....	74
Dokumentation der Diskussionen bei der KAZ über die organisatorische Ausrichtung.....	77
Vorbemerkung der Redaktion offen-siv.....	77
Aufruf der KAZ-Fraktion „Ausrichtung Kommunismus“.....	77
Stellungnahme der KAZ-Fraktion „Für Dialektik in Organisationsfragen“: Zur Erklärung der Fraktion „Ausrichtung Kommunismus“.....	78
Rechenschaftsbericht für das Jahr 2021.....	80

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Bevor wir zum vorliegenden Heft kommen, soll es einen kurzen Blick zurück geben: Am Montag nach Weihnachten brachte die hiesige bürgerliche Tageszeitung, die „Hessisch-Niedersächsische Allgemeine“, folgende Informationen, die wir Euch nicht vorenthalten wollen:

„Eine Lautsprecherdurchsage der Polizei bei einem sogenannten Spaziergang gegen Corona-Maßnahmen in Koblenz hat für Wirbel gesorgt. Am Ende der Demonstration am Montagabend 27.12.2021 mit rund 1.200 Teilnehmern hieß es in der Durchsage laut einem Video: *‘Wir, die Polizei, bedanken uns für den kooperativen und friedlichen Ihrerseits gezeigten Protest und die Teilnahme an diesem Spaziergang. Wir wünschen Ihnen einen schönen Weg nach Hause’*. In einem zweiten Video vom Montag in Koblenz heißt es in einer anderen polizeilichen Durchsage, ein Polizeifahrzeug werde *‘Ihre Versammlung sehr gerne anführen, um Ihnen einen Weg durch die Stadt zu bahnen. Wir warten nur auf Ihre Kollegen, Kameraden und Versammlungsteilnehmer, die in die falsche Richtung gelaufen sind.’*“ (HNA, 30.12.2021, S.10)

Schon als junger Mann, knapp über 20 Jahre alt, habe ich bei einer Demonstration gegen einen NPD-Parteitag die Parole „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ skandiert. In Deutschland herrscht Kontinuität. Es hat sich nichts verändert.

Nun zum Heft, dem ersten im neuen Jahr 2022. Unser Hauptthema ist der Imperialismus, vor allem seine aktuellen Ausformungen. Dem Thema haben wir 36 Druckseiten gegeben, rund die Hälfte des Heftes. Der erste Artikel untersucht sehr genau die je-

weiligen Interessenlagen der imperialistischen Großmächte und den Aufstieg Deutschlands und der zweite Artikel beschäftigt sich mit dem Verstehen der imperialistischen Verhältnisse und der Zusammenhänge von der Klassenfrage her und mit der Frage, was wie unter welchen Bedingungen „nationale Befreiung“ in diesem Zusammenhang bedeutet sowie mit den politischen Schlussfolgerungen daraus.

Des Weiteren geht es um einen Überblick über Stellungnahmen unterschiedlicher kommunistischer Parteien zur Corona-Pandemie, um die Wahlen in Chile, um die Lage in Kasachstan, um die nächsten Versuche, Thälmanns Andenken zu besudeln, um Historisch-Philosophisches während der letzten Jahrhunderte, um eine sich eventuell sehr praktisch auswirkende Diskussion innerhalb der KAZ und schließlich findet Ihr am Ende des Heftes unseren Rechenschaftsbericht.

Das Ergebnis des Rechenschaftsberichts hat uns sehr gefreut, denn wir konnten die Zahl der Abonnenten erhöhen, der Spendeneingang ist verglichen mit 2020 gestiegen, wir können, obwohl wir 10 Hefte und ein Buch gemacht haben, was ja relativ viel ist, ein positives Jahresergebnis verbuchen, haben also kein Minus, sondern ein Plus, so dass wir unsere Rücklage, die wir in den vergangenen Jahren mehrmals anknabbern mussten, vergrößern konnten – also einige gute Nachrichten.

Im März dieses Jahres wollen wir gern wieder mit dem marxistisch-leninistischen Fernstudium von KPD und offen-siv beginnen. Im Moment sind die Corona-Verhältnisse jedoch reichlich unklar. Wir müssen ja immer zwei Bedingungen beachten, einmal, welche Versammlungsgröße in geschlossenen Räumen grundsätzlich von der Landesregierung Niedersachsen zugelassen wird und zweitens, welche Hygienekonzepte unser Veranstaltungsort vorschreibt. Da zur Zeit nicht absehbar ist, wie sich Corona mit der Omikron-Variante entwickeln wird, können wir weder eine Garantie geben, dass das Fernstudium im März beginnen kann noch müssen wir diesen Termin heute schon absagen. Alles bleibt in der Schwebe. Das ist sehr schlecht, denn die Zeit drängt. Da das Heft März-April der offen-siv entweder erst ganz kurz vor dem geplanten Start des Fernstudiums im März oder vielleicht sogar erst danach herauskommen wird, müsst Ihr für aktuelle Informationen unsere homepage aufmachen: www.offen-siv.net.

Zuletzt der Hinweis: Vergesst unser Spendenkonto nicht!

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Wir sollen Thälmann „vom Sockel denken“

Hans Bauer: Angriff auf Thälmann¹

In Berlin wurde der nächste Versuch gestartet, den Arbeiterführer zu verunglimpfen - unter „linker“ Schirmherrschaft.

Unter dem scheinheiligen Titel "Vom Sockel denken" wurde am 18. November in Berlin im Wohngebiet Ernst-Thälmann-Park das "Kunstprojekt" Ernst-Thälmann-Denkmal eingeweiht. Zu sehen sind vorerst lediglich fünf rote auf dem Platz verteilte Betonklötze mit Schlagworten, wie "Halstuch; Kopf; Faust; Fahne; Irmas Teddy". Zwei Schautafeln mit Texten zur „historischen Einordnung“ sollen noch folgen. Weder fürs Auge noch von Inhalt und Gefühl erschließt sich der Platz dem Besucher nunmehr als neues "Kunstwerk". Erst die zu jedem Schlagwort produzierten insgesamt 10 Kurzfilme - im Internet abrufbar - verraten, dass es hier weniger um Kunst als um Politik geht. Ausschnitte aus Dokumentarfilmen, persönliche Erfahrungen und Empfindungen der Künstlerin Betina Kuntzsch und einem Anwohner sowie "klarstellende" Kommentierungen berichten von der Geschichte des Ortes, der Entstehung des Thälmann-Parks und der Errichtung des Wohngebietes mit über 1.300 Wohnungen. Und natürlich über Bau und Einweihung des vom sowjetischen Bildhauer Lew Kerbel geschaffenen Denkmals am 15. April 1986, dem 100. Geburtstag Thälmanns. Es bedarf keiner besonderen geschichtlichen Vorbildung, um beim Betrachten der Filme zu erkennen, dass die DDR mit diesem "Kunstwerk" ein weiteres Mal als "SED-Unrechtsregime" vorgeführt werden soll. Zum "Unrecht" der DDR gehören der Abriss des ehemaligen Gaswerkes und die Sprengung des letzten Gasometers 1984, die ungenügende Dekontaminierung des Geländes, Irma Thälmanns Buch "Erinnerungen an meinen Vater" als Schulpflichtlektüre, die Erziehung der Kinder als Thälmann-Pioniere. Besonders im Fokus stehen "Parteifunktionäre und Getreue". Selbst auf den Maler, Kommunisten und Funktionär Willi Sitte, dessen Werk nach der Konterrevolution vom Westen verdammt und bis heute verfälscht wird, beruft man sich zur Diffamierung des Staates. Und natürlich dürfen auch Stalin und die "Stasi" nicht fehlen.

¹ Dankend übernommen aus „GRH-Mitteilungen 12/21“

Für die DDR, die Antifaschismus und Freundschaft mit der Sowjetunion untrennbar mit dem Namen Ernst Thälmann verband, war dessen Vermächtnis Staatspolitik. Zu Ehren des von den Faschisten ermordeten Führers der Kommunistischen Partei wurden Straßen und Plätze, Schulen, Betriebe und bewaffnete Einheiten nach ihm benannt. Und auch Denkmäler errichtet, u.a. in Weimar, Ziegenhals und Berlin. Zur Erinnerung und Ehrung, vor allem aber zur Verpflichtung, in seinem Sinne zu leben und zu kämpfen für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg.

"Vom Sockel denken" ist kein Kunstwerk, es ist ein erneuter Versuch, den Thälmannschen Geist aus den Köpfen zu entsorgen. Dieses Mal unter dem Vorwand und Missbrauch von Kunst.

Das Denkmal als sozialistische Erinnerung an die DDR stört die Herrschenden dieses Staates. Was wurde nicht alles schon versucht, es zu beseitigen.

- Im vorausseilenden Gehorsam ließ der Rat des Stadtbezirks Prenzlauer Berg im Juli 1990 zwei bronzene Stelen an den Seiten entfernen. Ihre Inschrift: „Mit der Gestaltung des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik setzen wir Ernst Thälmann / dem kühnen Streiter für Freiheit / Menschlichkeit und sozialen Fortschritt unseres Volkes / ein würdiges Denkmal. Erich Honecker“

- 1993 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Prenzlauer-Berg den Abriss. Aber der Abriss ist zu teuer. Das 14 Meter hohe und 15 Meter breite Ernst-Thälmann-Denkmal aus Bronze steht auf einem Sockel aus ukrainischem Granit. Es wiegt 50 Tonnen.

- 2013 entbrannte eine neue Debatte um den Abriss. Eine Jugendorganisation der FDP fordert, das Denkmal „schnellstmöglich abzureißen“. Eine Berliner Gruppe beabsichtigte, das Denkmal zu sprengen. Wenn auch nur symbolisch, es zeigt den Geist dieser "Freiheitshelden".

- Seit 2014 steht das gesamte Ensemble "Thälmann-Park" unter Denkmalschutz. Wenn das Denkmal schon nicht abgerissen werden kann, wird die Pflege vom Bezirksamt weitgehend unterlassen. Zumeist ist es mit Graffiti besprüht.

Mit dem jetzigen "Kunstwerk" wird nunmehr ein Beschluss zur "historisch-kritischen Auseinandersetzung mit der Person Ernst Thälmanns und dessen

symbolischer Bedeutung für die DDR" realisiert. Verantwortlich für die Umsetzung ist ein Bürgermeister der Partei „Die Linke“.

Zur politischen "Kultur" dieses Landes gehört es, sozialistische Vergangenheit zu entsorgen. Zumindest deren Inhalt zu verfälschen. Dazu zählen die sogenannten Umwidmungen in Ostdeutschland. Versuche, auch Straßen umzubenennen, wie z. B. die über 600 Ernst-Thälmann-Straßen, blieben bislang erfolglos.

Fast zeitgleich mit dieser "Kunstinstallation" wurde das Thälmann-Denkmal in Weimar für drei Tage verhüllt, angeblich auch zum Nachdenken, und in Ziegenhals die Gedenktafel gestohlen. Selbst wenn kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen diesen Geschehnissen besteht, es ist der herrschende Geist in dieser Gesellschaft, der zu solchen Taten ermuntert. Ursache ist der Antikommunismus, sind seine Hassprediger.

Für Kommunistinnen und Kommunisten gilt es, allen Versuchen, Thälmann und den sozialistischen Aufbau in der DDR zu diskreditieren, unseren antifaschistischen Widerstand entgegen zu setzen. Wache und kritische Begleitung allein - wie von manchen gefordert- genügt da nicht. Unser Protest muss unüberhörbar sein. Einheitlich und geschlossen. "Thälmann ist niemals gefallen - Stimme und Faust der Nation“, wie es in Kubas Thälmannlied heißt.

Hans Bauer (UZ vom 26.11.2021, S 5, gering erweitert)

Corona und die kommunistische Bewegung

Heinz Ahlreip: Lindner, Trump und Bolzonaro

Es kann nach der derzeitigen Datenlage schon heute festgestellt werden, dass der Rest dieses zweiten Coronawinters härter und grausamer wird als der erste, dass mehr Tränen fließen werden und dass es nicht auszuschließen ist, dass am 15. März 2022, dem zweiten Jahrestag der Ausrufung einer Pandemie durch die Weltgesundheitsorganisation, mitnichten von einem Fortschritt in der Bekämpfung des variantenreichen Virus gesprochen werden kann. Die so vehement versprochene Generalproblemlösung durch massenhafte Impfungen

verblasst mehr und mehr. Die bürgerlichen Politiker sind qua ihrer lügenhaften Veranlagung stets bereit, die besten Lagen in Aussicht zu stellen, ihre künstliche Zukunftssonne auf ewig strahlen zu lassen; anders Gneisenau, der große General der Befreiungskriege, er lehrte, dass der Soldat in seinen Konzeptionen von denkbar schlechten Lagen ausgehen soll. Sollte dies missverstanden werden, so weise ich darauf hin, dass Generäle einer dekadenten imperialistischen Armee bereits so verdorben sind, dass es ihnen untersagt werden müsste, den Namen Gneisenau überhaupt in den Mund zu nehmen. Kaum wird darüber gesprochen, aber die Gefahr einer Militärdiktatur ist nie ganz zur Seite zu schieben. *Das wäre die allerschlechtesten Lösung.*

Es ist eine Situation eingetroffen, in der der selbständig, kritische und revolutionär denkende Kopf angesagt ist, wir werden zu Selbsthelfern in wilder, anarchischer Zeit. Aber das ist nicht jedermanns Sache, ja es kann im kapitalistischen System nur die Sache einer Minderheit sein. Durch den alltäglichen Fabrik-, Kasernen-, Schulterror usw. werden die Menschen eingeschüchtert, zu Duckmäusern abgerichtet, selbstständigem Denken entfremdet, sie sollen der bürgerlichen Führung anheimgestellt werden und diese verinnerlichen, deren Grundmuster Befehl und Gehorsam ist. Ein ganzes System von Abmahnungen, Degradierungen und Kündigungen steht bereit, die Taschen der Reichen noch mehr zu füllen. Und jetzt, wo es um Leben und Tod geht, da werden diese ab der ersten Schulklasse auf Gehorsam und Anpassung Getrimmten schmäählich im Stich gelassen, von oben kommen keine so dringend benötigten Orientierungsanweisungen und Handlungsanleitungen. Sie zappeln in ihren Wohnungen gleich Alten, die aus Pflegeheimen entlaufen sind und in der Gegend umherirren.

Insbesondere die Liberalen lassen die deutschen Untertanen im Stich. Wie Lenin sagt, der Kleinbürger reißt an sich, was er kann, alles andere ist ihm schnuppe. Zurück bleiben orientierungslose Volksmassen. Die bürgerliche Gesellschaft wäre längst in weltgeschichtlichen Abgründen verschwunden, hätten alle ihre Mitglieder den Systemfrosch ausgespien, der aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln zusammengeknetet ist. Dieser Frosch erstickt heute jegliche geistige Regung. Es sind nicht bürgerliche Politiker, die die Ausbreitung des Virus in Schach halten, *es ist die eiserne Disziplin der Arbeiterklasse, die als einzige Volksklasse dazu in der Lage ist.*

Frech und dreist haben die Herrschenden nun angesagt, vielleicht besser: angedroht, einen weiteren Lockdown werde es nicht mehr geben. Selbstverständlich im Sinne des Kapitals, denn der Profit ist heilig. Was soll man von einem Ärzteteam halten, das einen Patienten bisher dreimal mehr oder minder erfolgreich wegen eines Infarkts operiert und ihm dann Doppeltabletten verabreicht hat mit einer recht zweifelhaften Langzeitwirkung, und das beim vierten Infarkt sagt, eine weitere Operation wird es nicht mehr geben, das käme dem Krankenhaus zu teuer?

Die sogenannte politische Elite der BRD ist auf das primitive Niveau eines Trump und eines Bolzonaro heruntergekommen. Trump wurde abgewählt, gegen Bolzonaro wird von den brasilianischen Völkern versucht, eine Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in die Wege zu leiten. Werden die Kommunistinnen und Kommunisten, werden die fortschrittlichen Menschen in der BRD in der Lage sein, das Niveau der Völker Brasiliens zu erklimmen?

Internationale Kommission der KPD: Die Corona-Pandemie in der internationalen kommunistischen Bewegung

Es kommt immer wieder die Frage auf, wie sich die Kommunisten zur Corona-Pandemie und zu Impfungen verhalten sollten. Dazu haben wir eine kleine internationale Übersicht vorbereitet, wie sich kommunistische Parteien in der ganzen Welt dazu geäußert haben

Die Corona Pandemie stellt auch die Kommunisten vor große Herausforderungen. Es zeigte sich, dass insbesondere die DRVK, aber auch das sozialistische Kuba gut vorbereitet waren. Kuba gelang es, eigene Impfstoffe herzustellen, trotz Blockade.

Diese Impfstoffe zeigen eine hohe Wirksamkeit und werden mittlerweile an Omikron angepasst .Im Vordergrund der Forderungen stand nicht nur der Ausbau des öffentlichen Gesundheitssystems und die Ablehnung des privaten Sektors des Gesundheitswesens. Nein, auch die Forderung nach Aufhebung der Patente war eine Forderung, der sich die kommunistischen Parteien angeschlossen haben. So hat die türkische TKP eine Resolution herausgebracht,

die forderte, dass alle Patente aufgehoben werden. Diese haben zahlreiche kommunistische Parteien unterschrieben. Das zeigt, dass Impfen eine wichtige Strategie zur Bekämpfung der Coronapandemie ist.

Eine Stellungnahme der kommunistischen Gewerkschaftsinternationalen aus Österreich bekräftigt die ablehnende Haltung gegenüber den sogenannten Querdenkern. Auch in der BRD ist diese Forderung hochaktuell, bestehen hier doch Keimformen einer neuen faschistischen Bewegung, die von den Kommunisten bekämpft werden muss.

Auch in der Resolution der TKP wird klar, dass man jegliche Desinformation und Impfskepsis ablehnt. Zahlreiche kommunistische Parteien von Indien über Griechenland bis hin zum Iran haben das unterschrieben. Dies belegt, dass die kommunistischen Parteien sich dem Ernst der Lage sehr bewusst sind und keineswegs die irrationale Anti-Impf-Bewegung unterstützen. Dies zu betonen ist wichtig, da es auch in unserem Land in der kommunistischen Bewegung Stimmen gibt, die an die Anti-Impf-Bewegung anknüpfen wollen und den Ernst der Pandemie leugnen. Auch international gab und gibt es solche Sichtweisen. Dies zeigte sich am deutlichsten in Russland, wo sich eine obskure Kleinstpartei Namens RKAP (B) von der RKAP wegen der Impffrage trennte.

Die Partei der Arbeit Österreichs lehnt zwar die Impfpflicht ab, ist sich aber nichts desto trotz der Wichtigkeit des Impfens bewusst.

Häufige Forderungen der kommunistischen Parteien ist die Forderung, das Gesundheitssystem zu verstaatlichen und die Ablehnung des kommerziellen, also profitorientierten Gesundheitssystems, sei es staatlich oder privat organisiert. Insgesamt zeigen sich die kommunistischen Parteien sehr einig in der Wichtigkeit der Bekämpfung der Pandemie.

Einen besonderen Kampf mussten auch Schwedens Kommunisten ausfechten. Die Regierung in Schweden hat sich während der Pandemie geweigert, selbst einfachste Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Es sei erwähnt, dass diese Politik unter einer sozialdemokratischen Regierung geschah. Dies zeigt wieder Mal, dass auch das vermeintliche kleinere Übel, die Regierungen unter der vermeintlich arbeiterfreundlichen Sozialdemokratie, nur die Politik der Bourgeoisie durchsetzen. Die Schwedische Kommunistische Partei (SKP) bekämpfte diese Politik von Anfang an.

Ein Land, welches von der Pandemie stark betroffen war und ist, ist Indien. Hier starben auch nicht wenige Genossen. In den Regionen, in denen die Kommunistischen Parteien regierten, gelang es besser, die Pandemie in den Griff zu bekommen. Die kommunistischen Parteien CPI und CPI(M) kämpften dafür, dass das Gesundheitssystem staatlich aufgebaut werden muss und so dem allseitigen Mangel an Betten, Medikamenten und Schutzkleidung vorgebeugt werden konnte. Sie kämpften ebenso dafür, dass die private Impfstoffherstellung verstaatlicht wird.

In Brasilien wurde der Kampf der Kommunisten gegen die Pandemie verbunden mit dem Kampf gegen die faschistische, wissenschaftsfeindliche Bolsonaro Regierung.

Überall mobilisieren die Kommunisten weltweit die Arbeiterklasse, um die Forderungen nach Aufhebung der Patente, nach Ausbau des öffentlichen Gesundheitssystems und Beendigung des kommerziellen Gesundheitssystems zu bekräftigen. Kommunisten weltweit waren sich im Angesicht der Pandemie einig, dass Gesundheit keine Ware sein darf. Überall hat die Bourgeoisie unter dem Vorwand der eigenen Verantwortung des einzelnen Menschen sich geweigert notwendige Schritte gegen die Pandemie einzuleiten.

Auch heute beweisen die hohen Impfquoten auf Kuba, dass eine andere Politik möglich ist. Die Erfolge sind auf die Tatsache zurückzuführen, dass in diesem Land die Arbeiterklasse herrscht und es ein gutes Gesundheitssystem gibt. Auf Kuba gibt es keine Querdenker, im Gegenteil, das Volk traut den Impfstoffen und der sozialistischen Regierung.

Dies ist in den kapitalistischen Ländern nicht der Fall. Wir sehen, dass es hier überall irrationale „Querdenker“ gibt. Bei diesen „Querdenkern“ spielen oft faschistische und faschistoide Kräfte eine große organisatorische Rolle.

Die kommunistischen Parteien stehen weltweit an vorderster Front im Kampf gegen diese Bewegungen. Weltweit war die Pandemie auch eine Herausforderung an die Kommunisten. Der Kampf der Kommunisten wurde dadurch komplizierter. Es war notwendig, überall gegen die kapitalistischen Regierungen zu kämpfen, die die Pandemie zum Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse nutzten, aber auch gegen den Irrationalismus und Obskurantismus der radikal auftretenden Pseudo-Opposition der „Querdenker“.

Besonders dort, wo faschistische oder faschistoide Kräfte an der Regierung sind bzw. waren, wie in Brasilien mit Bolsonaro und den USA mit Trump, setzte die Bourgeoisie der Pandemie nur minimalste Maßnahmen entgegen. Die PCUSA wies auch auf den Impfstoff-Imperialismus der USA hin, die Hortung von Impfstoffen in den westlichen Ländern und die damit einhergehende mangelhaften Belieferung der ärmeren Länder, zeitweise gar ein Exportstopp in den USA.

Die Klassenkämpfe gingen auch während der Pandemie weiter, so demonstrierten in Griechenland tausende Arbeiter für Gesundheitsschutz. Millionen Arbeiter verloren ihre Arbeit, gleichzeitig wurden kapitalistische Monopole mit Milliarden belohnt!

Der VR China hingegen gelang es mit einer Zero-Covid-Politik das Virus einzudämmen. Auch der DRVK gelang es mit ihrer Politik gestützt, auf die eigene Kraft, das Virus bislang aus dem Land zu halten. Dies zeigt: eine andere Politik als die zum maximalen Profit der Monopole ist möglich.

Die Pandemie hat auch die Kommunisten weltweit vor Herausforderungen gestellt. Es zeigte sich einerseits der große Stand der Forschung, der immense Stand der Produktivkräfte. So war es möglich, in kurzer Zeit hochwirksame Impfstoffe herzustellen, jedoch zeigte sich auch, dass unter kapitalistischen Umständen dieser Fortschritt sich in sein Gegenteil verwandelte. Trotz des hohen Standes der Produktivkräfte erwies sich der Kapitalismus als unfähig, die Pandemie im Sinne der Arbeiterklasse zu bekämpfen. Es wurde in der Regel nur möglichst wenig an Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie durchgeführt, um möglichst die Profite nicht zu gefährden. Es zeigt sich wieder Mal, dass die wachsenden Produktivkräfte mit der überholten kapitalistischen Produktionsweise in Konflikt geraten.

Die Kommunisten müssen vorbereitet sein auf künftige Klassenkämpfe und revolutionäre Situationen weltweit. Notwendig sind enge Absprachen und eine starke Zusammenarbeit, um gemeinsam den Kapitalismus zu besiegen. Weltweit gilt immer noch, dass eine starke kommunistische Bewegung in einem Land auch allen anderen Ländern nützt.

Hier gilt es für uns als KPD anzusetzen und unsere Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien weltweit auszubauen! Im Windschatten der Pandemie verschärft sich auch die Überproduktionskrise und mit ihr die Kriegs-

gefahr. Die Kommunisten mobilisierten weltweit gegen die Kriegsgefahr und den Hauptkriegstreiber USA.

Die Pandemie wurde auch benutzt, um den russischen und chinesischen Impfstoff zu diskreditieren. Gegenwärtig rüsten die USA und ihre Helfer die Ukraine auf und zusammen mit den Manövern des Westens steigt die Kriegsgefahr. Gegen diese Politik kämpften 2021 zum wiederholten Mal die kommunistischen Parteien. Überall wo Aktionen gegen die Kriegsgefahr stattfanden, waren sie an vorderster Front! Der Imperialismus behält seinen aggressiven Charakter auch in der Pandemie!

„Das Wort wird nicht gefunden, das uns beide jemals vereint!“ (Bertolt Brecht: Das Lied vom Klassenfeind)

Quellen:

<http://www.solidnet.org/article/CP-of-Turkey-Joint-Statement-NO-TO-PATENTS-ON-VACCINES/>

<https://inter.kke.gr/de/articles/Vollstaendige-Aufhebung-der-Patente-statt-Vorschlaege-im-Rahmen-der-Handelskriege-und-Konkurrenzkaempfe/>

<https://www.komintern.at/covid-19-fuer-eine-rationale-debatte/>

<https://www.tkp-deutschland.com/tkp-deutschland-komitee-veroeffentlicht/corona-kapitalismus/>

<https://de.granma.cu/cuba/2021-12-03/untersuchung-der-wirksamkeit-von-abdala-und-mambisa-als-booster-dosis>

<https://parteierarbeit.at/partei/ja-zur-impfung-nein-zur-impfpflicht/>

Imperialismusanalyse aktuell

***Gretl Aden*²: Vorkriegs- und Kriegszeiten: Unterschiede und Gemeinsamkeiten der zwischenimperialistischen Widersprüche im Vergleich 1914 bis heute³**

Zunächst eine Vorbemerkung:

Im folgenden ist meist von „der deutsche Imperialismus“, „der französische Imperialismus“ oder einfach nur von „Deutschland“, „Frankreich“ usw. die Rede. Das soll nicht so verstanden werden, dass die herrschende Klasse dieser Staaten, die Monopolbourgeoisie, ein einheitlicher Block wäre. Es gibt in allen imperialistischen Staaten unterschiedliche Strömungen und Fraktionen innerhalb des Kapitals, die darum ringen, sich mit ihrer Linie und ihren Interessen durchzusetzen bei den innen- wie außenpolitischen Maßnahmen der jeweiligen Staaten. Wenn ich also im folgenden die Interessen und Handlungen dieses oder jenes imperialistischen Staates im Kampf untereinander benenne, dann ist das die Linie, die sich schließlich durchgesetzt hat.

Ich gehe auch nicht auf die innenpolitische Situation ein, nicht auf die chauvinistischen, rassistischen oder faschistischen Kampagnen und Maßnahmen im Inneren als notwendigen Gegenpol der aggressiven Politik nach Außen, nicht auf das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Nicht zuletzt dieses hat wesentlichen Einfluss darauf, welche Politik sich durchsetzen kann. Hätte z.B. innerhalb der SPD nicht die Linie des Verrats vor dem 1. Weltkrieg die Oberhand gewinnen können, wäre die Geschichte anders verlaufen.

Und noch eine Vorbemerkung:

Da es schwierig ist, den Kern zwischenimperialistischer Widersprüche zu verstehen, um die es doch jetzt gehen soll, ohne zu wissen, was Imperialismus

² Dankend übernommen aus der KAZ, Nr. 377, November 2021. Die Autorin gehört der Fraktion „Für Dialektik in Organisationsfragen“ an.

³ Die Anmerkungen findet Ihr am Ende des Artikels

bedeutet, möchte ich zunächst, noch einmal kurz an die wesentliche Grundlage des Imperialismus erinnern: Die Monopole. Diese sind, egal ob im Banken- oder produzierenden Sektor, aus dem Kapitalismus der freien Konkurrenz durch die vor sich gehende Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals hervorgegangen. Bank- und Industriekapital verschmelzen ineinander. Diese Monopole, in der Hand einer winzigen Schicht von Bourgeois, erlangen aufgrund ihrer Größe eine entscheidende Stellung im Wirtschaftsleben und haben maßgeblichen Einfluss auf die Regierungen, beherrschen den ganzen Staat. Sie sind aufgrund ihrer Größe in der Lage, internationale Bündnisse zu schließen um sich Märkte und Rohstoffe aufzuteilen. Doch setzt das die Konkurrenz unter ihnen, dieses wesentliche Merkmal jeglicher kapitalistischen Produktion, nicht außer Kraft. Jedes Monopol strebt nach Weltherrschaft, um seine Profitmaximierung zu sichern, was zwangsläufig zu heftigen Widersprüchen unter ihnen und zu Widersprüchen zwischen den Staaten führt. Und, ein weiteres wesentliches Merkmal des Imperialismus, die territoriale Aufteilung der Welt unter den kapitalistischen Großmächten ist beendet. Das aber bedeutet, dass Veränderungen der Kräfteverhältnisse unweigerlich den Drang nach einer Neuaufteilung hervorrufen. Dazu ein Zitat von Lenin:

„Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung ‚nach den Kapital‘, ‚nach der Macht‘ vorgenommen – eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung; um zu begreifen, was vor sich geht, muß man wissen welche Fragen durch Machtverschiebungen entschieden werden; ob diese Verschiebungen nun ‚rein‘ ökonomischer Natur oder außerökonomischer (z.B. militärischer) Art sind, ist eine nebensächliche Frage ...“^[1]

Und:

„Denn unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die Stärke der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, nicht denkbar. Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine gleichmäßige Entwicklung der einzelnen Unter-

nehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben. Vor einem halben Jahrhundert war Deutschland, wenn man seine kapitalistische Macht mit der des damaligen England vergleicht eine klägliche Null; ebenso Japan im Vergleich zu Rußland. Ist die Annahme ‚denkbar‘, dass das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Mächten nach zehn, zwanzig Jahren unverändert geblieben sein wird? Das ist absolut undenkbar.‘^[21]

Damit sind wir nicht nur bei den Widersprüchen, die zum ersten Weltkrieg führten, sondern auch bei dem Punkt, der sich notgedrungen wie ein roter Faden durch die zwischenimperialistischen Widersprüche bis heute zieht: die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung und die daraus folgende Verschiebung der Kräfteverhältnisse.

Die neuen Räuber

Gehen wir also zurück ins späte 19. Jh. Die alten Großmächte England, Russland und Frankreich – England und Frankreich mit einem zusammengeraubten großen überseeischen Kolonialreich vor allem in Asien und Afrika, das russische Zarentum, das die weiten, teilweise nur dünn besiedelten, aber Rohstoff reichen Gebiete um es herum seiner Herrschaft untergeordnet hat – sahen sich zunehmend bedrängt durch die spät die feudale Zersplitterung überwunden habenden, aber sich dann ökonomisch sehr schnell entwickelnden kapitalistischen Mächte. In Europa waren das v.a. das Deutsche Reich, aber auch Italien, in Asien Japan. Sie hatten dadurch den Vorteil, dass sie mit Maschinen auf dem neuesten Stand ihre Produktion aufbauen und erweitern und aus der Schufterei der Arbeiter an diesen Maschinen ihren Mehrwert ziehen konnten. Für Deutschland – und darauf gehe ich als Beispiel im folgenden vor allem ein – bedeutete das, dass schnell sehr viel mehr hergestellt und auf dem Markt geworfen wurde, als das relativ kleine Gebiet des deutschen Kaiserreiches, umgeben von den damals größten Mächten, kaufkräftig aufnehmen konnte. So hat sich z.B.in der Zeit von 1888 bis 1913 Englands Außenhandel verdoppelt, während sich der des Deutschen Reichs glatt verdreifacht hat.^[2]

In den neuen Industriezweigen, der chemischen Industrie – Bayer, BASF, Mitte der 1860er Jahre gegründet –, der elektrischen Industrie – Siemens, AEG usw., die 1870 gegründet worden sind –, wurde der deutsche Imperialismus in kürzester Zeit sogar führend, er hat die anderen Länder überholt. Dieses

schnelle Wachstum ging einher mit einer raschen Herausbildung großer Syndikate und Kartelle. 1893 wurde das rheinisch-westfälische Kohlesyndikat (Kirdorf) gegründet, 1897 das Roheisensyndikat, 1904 das deutsche Stahlsyndikat. Parallel, gleichzeitig miteinander verwoben, ging eine schnelle Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital vor sich. Die wichtigsten Banken, Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank um 1870 gegründet, unterwarfen sich in wenigen Jahrzehnten die Mehrheit der Kleinbanken und wurden bestimmend bei der Vergabe von Krediten an die Unternehmen, die sich wiederum an ihnen beteiligten, wenn sie nicht gleich, wie bei Siemens und der Deutschen Bank, von den gleichen Familien gegründet worden sind. Das Industrie- und Bankkapital war so in kurzer Zeit zum Finanzkapital verschmolzen, das personell eng miteinander verflochten und gut organisiert sich daran machte, seinen Geburtsfehler, zu spät und zu kurz gekommen zu sein, auszumerzen. Von daher kamen mit dieser Entwicklung auf der einen Seite eine Reihe von Überlegungen und Forderungen auf, wie man Europa den Bedürfnissen des deutschen Kapitals nach Absatz von Waren und vor allem auch Kapital unterwerfen konnte.

Auf der anderen Seite riss das Kaiserreich, selbst mit Ausnahme von Kohle arm an Rohstoffen, die Flecken v.a. in Afrika an sich, die noch nicht im Besitz anderer Großmächte waren (Südwestafrika, Kamerun, Togo), aber auch, bereits in heftigen Differenzen mit England eine Reihe von Südseeinseln. Doch irgendwann gab es keine weißen Flecken mehr, man drang in die Einflusszonen der anderen Großmächte vor. Das geschah mit scheinbar ganz friedlichen, zivilen Unternehmungen, wie die Bagdad-Bahn, mit deren Bau Ende des 19.Jh. begonnen wurde, die den Einfluss des dt. Imperialismus Richtung Südosten bis zum persischem Golf ausdehnen sollte. Die Deutsche Bank gab die Kredite an die Türkei, die dann mit den aus den Bauern und Arbeitern herausgepressten Steuern zurückgezahlt wurden. Deutsche Monopole lieferten Schienen und Lokomotiven, bauten die Bahnhöfe. Rüstungsprojekte wurden vereinbart, Militärberater geschickt. Die Türkei wurde so zum Vasallen Deutschlands. Diese Bahn aber durchschnitt den Weg Englands in seine asiatischen Kolonien und drang in die Einflusszone Russlands ein. Gleichzeitig wurde mit der Verabschiedung der Flottenvorlagen der Weg frei gemacht für die maritime Aufrüstung, ein offener Angriff auf die Vormachtstellung des britischen Imperialismus.

Bevor ich nun auf dessen Reaktionen eingehe, kurz zu Russland. Mit dem russischen Zarenreich unterhielt Deutschland durchaus gute Beziehungen. Getreide wurde eingeführt, Maschinen, Eisenbahnen usw. ausgeführt, die deutschen Banken gaben Kredite und bauten so ihren Einfluss in Russland aus. Doch die deutschen Junker, in deren Arme sich die Bourgeoisie aus Furcht vor den Arbeitern doch geflüchtet hatte, forderten Zölle auf das russische Getreide und schließlich auch ein Ende der Anleihen, da sie befürchteten, dass mit Hilfe der damit gebauten Eisenbahnen das Getreide schneller und billiger in das Deutsche Reich gebracht werden könnten. Um die Junker dazu zu bewegen, den Flottenvorlagen zuzustimmen, gab die kaiserliche Regierung nach. Die deutsch-russischen Beziehungen verschlechterten sich, die Anleihen übernahmen französische Banken und konnten so ihren Einfluss in Russland erweitern.

Zurück zum britischen Imperialismus. Die englische Regierung versuchte eine Annäherung an Deutschland zu erreichen, was aber kühl abgelehnt worden ist. Daraufhin schloss England ein Bündnis mit Frankreich, die Entente Cordiale (übersetzt: „herzliches Einvernehmen“, 1904), das zum Inhalt hatte, dass Frankreich seine Ansprüche auf Ägypten aufgibt, England dafür die französische Durchdringung Marokkos unterstützt. Das erzürnte die deutsche Schwerindustrie bzw. Krupp, die ein Auge auf das marokkanische Erz geworfen hat. Allerlei Kriegsgeschrei gegen Frankreich und England kam auf, doch konnte diese Krise noch einmal durch ein deutsch-französisches Abkommen beigelegt werden, nachdem die deutsche Regierung feststellen musste, dass sie mit ihren Forderungen völlig isoliert ist. Selbst das befreundete Italien, ebenfalls an Gebieten in Nordafrika interessiert, lehnte das Vordringen ab. Daraufhin räumte Deutschland Frankreich die politisch-militärische Vormachtstellung ein gegen die Zusage eines gemeinsamen wirtschaftlichen Vorgehens in Marokko, wofür auch ein gemeinsames Wirtschaftsunternehmen gegründet worden ist. Doch dieses Bündnis hielt nur kurz, denn nun wollten die Gebrüder Mannesmann, Hüttenbesitzer und Röhrenhersteller, mit allerlei Bestechungsgeldern den Sultan dazu zu bewegen, ihnen das marokkanische Erzmonopol auszuliefern. Frankreich, England und Russland protestierten, Deutschland schickte Kriegsschiffe ins Mittelmeer. Doch diese mussten sich zurückziehen, nachdem sowohl England wie auch Russland unzweideutig zu verstehen gaben, dass sie sich auf die Seite Frankreichs stellen würden, wenn die kaiserliche Regierung ihre Provokationen weiter zuspitzt. Es kam wieder zu einem

Kompromiss: Frankreich gab einen Teil des an Kamerun grenzenden französischen Kongo-Gebietes an Deutschland ab, das dafür Marokko dem französischen Imperialismus überließ. Außerdem blieb Deutschland sein wirtschaftlicher Einfluss zugesichert. Doch diese Zugeständnisse, die dem kräftigen neuen Räuber aufgrund seiner erreichten Stärke gemacht wurden, reichten nicht. Die herrschende Klasse in Deutschland verlangte nach mehr und stellte fest, dass sie so nicht in dem Maße weiter kam, wie es ihren Bedürfnissen entsprach. Der deutsche Imperialismus stellte die Machtfrage. Österreich-Ungarn wurde ermuntert Serbien zu überfallen. Die Schutzmacht Serbiens, Russland, machte mobil, wie auch Frankreich. Beiden wurde der Krieg erklärt. Kurz darauf trat England, wie auch im fernen Osten Japan in den Krieg ein. Japan holte sich dann als erstes das vom Deutschen Reich während der Niederschlagung des Boxeraufstandes – damals durchaus in trauter Eintracht all der Großmächte – geraubte chinesische Gebiet, die Bucht Kiautschau. Italien, mit Deutschland und Österreich im Dreibund verbündet, wurde durch Zugeständnisse Englands über Gebietserweiterung und Kolonien an der afrikanischen Mittelmeerküste 1915 dazu gebracht, auf der Seite der Entente in den Krieg einzutreten. Und schließlich erklärten auch die Vereinigten Staaten, dieser ebenfalls neue Räuber, der aber bisher zumindest in Europa keine große Rolle spielte, 1917 Deutschland den Krieg, nachdem dieser mit seinen U-Booten alles beschoss, was die Meere benutzte und damit die USA erheblich in ihrem Handel beeinträchtigte.

Das alles für folgende Kriegsziele, wie sie der damalige Reichskanzler Bethmann Hollweg im September 1914, also bereits während des ersten Weltkrieges, niederschrieb. Nachdem er erklärte, was alles annektiert werden muss, vor allem Teile Frankreichs mit seinen Erzvorkommen, welche Kolonien in Afrika man beanspruchte, dass Russlands Herrschaft über die nicht-russischen Vasallenvölker gebrochen werden muss und Luxemburg ein deutscher Bundesstaat wird, kommt Punkt 4 dieser Kriegszielschrift: *„4. Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen unter Einschluss von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muss die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.“*^[4]

Zusammenfassung:

Der 1. Weltkrieg war also ein von allen Seiten her imperialistischer Krieg, in dem die Erde auf dem Rücken der Völker, riesiger Zerstörungen und 20 Millionen Toten neu aufgeteilt worden ist. Anlass für die Zuspitzung der Widersprüche war aber vor allem das Erstarren des spät und zu kurz gekommenen dt. Imperialismus, der die Kräfteverhältnisse verschob und nach Ausdehnung seines Einflussgebietes, seiner Absatzmärkte, seiner Herrschaft über die Rohstoffquellen drängte und dabei an die Grenzen einer „friedlichen“ – friedlich in Anführungszeichen, denn die Eroberungen der Kolonien waren alles anderes als friedlich, ganz im Gegenteil – ökonomischen und politischen Ausdehnung stieß. Durch sein aggressives Vorgehen machte er nicht nur gute Beziehung zu anderen Staaten wie Russland zunichte und schwächte sich dadurch sogar (Anleihen Russland), sondern rief auch Bündnisse gegen ihn hervor. Das Deutsche Reich konnte diesen Krieg nicht gewinnen, was die deutsche Monopolbourgeoisie und ihren Staat jedoch nicht daran hinderte, ihn anzuzetteln.

Ergebnis des 1. Weltkrieges

Noch bevor der Krieg zu Ende war sorgten die Arbeiter Russlands im Bündnis mit den Bauern durch die Revolution dafür, dass ihr Land aus dem illustren Kreis der imperialistischen Räuber ausschied. Damit entstand eine ganz neue Macht, zu der die imperialistischen Staaten einen sehr grundsätzlichen Widerspruch hatten, ging es dabei doch um die Existenz ihrer Herrschaft überhaupt. Von daher hatte dieser grundsätzliche Widerspruch in der Folge auch Einfluss auf die Widersprüche zwischen den Imperialisten.

Für das Deutsche Reich endete der erste Weltkrieg mit der absoluten Niederlage. Es verlor durch die von den Siegermächten diktierten Bedingungen vor allem an Polen, Frankreich und Belgien 13% seines Gebietes und alle seine Kolonien. Sie wurden dem 1920 gegründeten Völkerbund übergeben, der sie als Mandatsgebiete an interessierte Kolonialmächte, vor allem Frankreich und England, weitergab. Das Rheinland war besetzt. Österreich-Ungarn wurde aufgespalten v.a. in die Staaten Ungarn, Tschechoslowakei und Österreich, ein Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich ausdrücklich verboten. Das Königreich Jugoslawien wurde gegründet als Sperrgürtel gegen den deutschen

Drang nach Südosten. Das Heer in Deutschland wurde auf 150.000 Mann begrenzt, die allgemeine Wehrpflicht ebenso wie eine Aufrüstung verboten.

England und Frankreich erhielten zusätzliche Kolonien und hatten sich bereits während des Krieges in einem Geheimabkommen (Sykes-Picot) große Teile des ehemaligen Osmanischen Reiches im Nahen und Mittleren Osten untereinander aufgeteilt (entsprechend etwa Jordanien, Libanon, Irak, Syrien, das Gebiet um Haifa). Die USA hatten nun einen Fuß in Europa und sind aufgrund der hohen Kriegskosten Englands und Frankreichs zu deren Gläubiger geworden.

Doch es wären nicht imperialistische Staaten, hätte es nicht durchaus unterschiedliche Bestrebungen gegeben, wie genau die Neuaufteilung Europas aussehen und wie man mit dem besiegten Konkurrenten umgehen soll.

Der französische Imperialismus war bestrebt, nun seinerseits in Europa eine hegemoniale Stellung einzunehmen und weitgehende Maßnahmen zu ergreifen, um diese Stellung auch zu erreichen, wie z.B. auch eine Abtrennung der linksrheinischen Gebiete des dt. Imperialismus an Frankreich. Polen sollte als Verbündeter Frankreichs gegen ein mögliches Wiedererstarken des deutschen Imperialismus, wie auch gegen das revolutionäre Russland in den Grenzen von 1772 (ganz Oberschlesien) entstehen. Beides wurde von England wie auch den USA verhindert. England hatte kein Interesse an einer solchen Stärkung des Konkurrenten Frankreich auf dem Festland und die Vereinigten Staaten hatten das Interesse eines wirtschaftlich wieder gestärkten deutschen Imperialismus für den Absatz von US-amerikanischen Waren und Kapital. Die französische Regierung drang daraufhin auf einen Sondervertrag mit Großbritannien und den USA, nach dem beide Staaten Frankreich im Falle eines Überfalls seitens Deutschlands zu Hilfe kommen sollten. Dieses Garantieabkommen wurde allerdings nie ratifiziert.

Einig waren sich Frankreich und England in ihrer Forderung nach hohen Reparationszahlungen, um ihre Schulden gegenüber den USA bezahlen zu können.

Die Zeit zwischen den Kriegen: Das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus

In dieser Konstellation begann die deutsche Monopolbourgeoisie, besiegt von den imperialistischen Mächten, aber leider nicht geschlagen von den Arbeitern und damit grundsätzlich unschädlich gemacht, die Ergebnisse des 1. Weltkrieges zu revidieren und ihre alten Ziele zu verfolgen: die Vorherrschaft in Europa zu erreichen und sich so auch gegenüber den anderen Mächten, v.a. nun auch gegenüber den USA in ihrem Kampf um weltweiten Einfluss, Absatzmärkte und Rohstoffe zu behaupten. Es konnte dabei die widersprüchlichen Interessen der Siegermächte nutzen. So gab es eine Reihe von Versuchen, Bündnisse mit Frankreich zu schließen mit dem Versprechen einer gemeinsamen Aufteilung Europas oder gar der Welt.

Doch zunächst schloss die Regierung der Weimarer Republik und ihrem Außenminister Rathenau 1922 mit der Sowjetunion den Vertrag von Rapallo. Die junge Sowjetunion, durch Krieg und Interventionskriege in großer Not, musste ihrerseits die Widersprüche zwischen den Imperialisten nutzen, um einen Block dieser Mächte gegen sie und die daraus folgende völlige wirtschaftliche Isolation zu verhindern. Sie bot Deutschland einen Vertrag zur Zusammenarbeit an. Auch wenn von der äußersten Reaktion, die sich sofort nach Ende des Krieges begann zu organisieren und vor allem von der Schwerindustrie vertreten wurde, aufs heftigste bekämpft, hatte dieser Vertrag zunehmende Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR zur Folge. Dass es dem dt. Imperialismus dabei überhaupt nicht um freundschaftliche Beziehung zur UdSSR ging, sondern darum, sich gegen den Westen im Osten zu stärken, ist klar und war auch der UdSSR klar – wie auch dem imperialistischen Konkurrenten Frankreich, der heftig gegen diesen Vertrag protestierte. Die FAZ schrieb 75 Jahre später dazu: *„Bis heute gilt dieses Abkommen vor allem in Paris und Warschau, aber auch in London als Beleg für die zwischen 1922 und 1939 ... verfolgte Absicht Deutschlands, die ... Friedensordnung von 1919 auszuhebeln“* ^[5]

Gleichzeitig schlug z.B. Stinnes, Eigentümer des Stinnes-Montan- und Industriekonzerns gleich Anfang der 20er Jahre dem französischen Ministerpräsidenten ein deutsch-französisches Kohle- und Erzbündnis zur Beherrschung des Weltmarktes vor. Doch die Verhandlungen dazu scheiterten an der Frage der Anteile. 50:50 wollten die Deutschen, 60:40 zu ihren Gunsten die Franzo-

sen. Um sich durchzusetzen, torpedierten die reaktionärsten Kreise des deutschen Finanzkapitals die Reparationszahlungen und provozierten so den Konflikt mit Frankreich, das daraufhin ohne Zustimmung der englischen und US-amerikanischen Regierung das Ruhrgebiet besetzte. Da diese jedoch nicht einverstanden waren, da eine solche Gebietserweiterung Frankreichs und eine weitere Schwächung des dt. Imperialismus ihren Interessen zuwider lief, kam es zum Dawes-Plan (1924). Dieser sah einerseits erhebliche Reparationszahlungen, wie auch weitere Einschränkungen der nationalen Souveränität Deutschlands vor (Reichsbahn und -bank wurden unter internationale Kontrolle gestellt), legte aber andererseits die Aufhebung aller der *„wirtschaftlichen und der finanziellen Einheit Deutschlands entgegenstehenden Besatzungsmaßnahmen“*^[6] fest, sowie eine internationale Anleihe in Höhe von 800 Millionen Goldmark. Diese Anleihe wurde vor allem von amerikanischen und britischen Banken ausgegeben. Mit Annahme dieses Plans musste sich Frankreich aus dem Ruhrgebiet zurückziehen. *„Eintritt in ein neues Zeitalter des vom Kriege nicht bedrohten Glückes und Gedeihens“*^[7] versprach dieser Plan von Dawes und lieferte doch nur den Grundstein für die nächste Runde des gewaltsamen Versuchs, die Welt zu Gunsten des deutschen Imperialismus neu aufzuteilen

Denn dank des einfließenden Kapitals gelang es den deutschen Monopolen in kürzester Zeit die wichtigsten Industriezweige zu rationalisieren, die Produktionsmittel auf moderner Grundlage zu erneuern und so die Produktionskapazitäten erheblich zu erweitern. Die Industrieproduktion betrug 1925 bereits wieder 83% des Vorkriegsstandes – trotz des verkleinerten Territoriums. Eine immense Konzentration und Zentralisation des Kapitals ging vor sich. So entstanden z.B. die IG-Farben und die Vereinigten Stahlwerke. Einerseits fand eine enge Verflechtung amerikanischer Monopole mit deutschen statt (und Absprachen, wie z.B. die zwischen Standard Oil und der IG-Farben^[8]), andererseits strebten deutsche Monopole wieder verstärkt die Zusammenarbeit mit französischen Monopolen an. So entstanden u.a. das deutsch-französische Kalikartell und die europäische Rohstahlgemeinschaft, Kartelle, die auch gegen die Sowjetunion gerichtet waren, da sie auf deren Rohstoffe abzielten.

Die Europastrategien des deutschen Kapitals wurden um viele Varianten reicher.

Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Stärke konnte aber der deutsche Imperialismus auch politisch wieder mehr durchsetzen. So wurde er im Vertrag von Locarno 1925 bereits wieder als gleichberechtigter Partner Frankreichs behandelt. In diesem Vertrag wurde die Unverletzlichkeit der Grenzen im Westen festgelegt, nicht aber derjenigen im Osten, was mehr oder weniger offen gegen die Sowjetunion gerichtet war. Außerdem wurde die deutsche Republik in den Völkerbund aufgenommen.

1928 übertraf die industrielle Gesamtproduktion Deutschlands bereits wieder den Vorkriegsstand, gleichzeitig machte sich ein Abflauen der Hochkonjunktur bemerkbar. Die deutschen Monopole forderten eine Revision des Dawes-Plans. Auf Ersuchen der Reichsregierung vereinbarten Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan die Eröffnung offizieller Verhandlungen über eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes und die Einberufung einer neuen Sachverständigenkonferenz zur Reparationsfrage. Der Young-Plan (genannt nach dem amerikanischen Vorsitzenden dieser Kommission, in der von deutscher Seite überwiegend Vertreter des Finanzkapitals saßen) sah dann eine 60 jährige Reparationsverpflichtung Deutschlands mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 2 Mrd. Mark vor – die aufgrund der Weltwirtschaftskrise 1931 vorübergehend außer Kraft gesetzt und 1932 schließlich für beendet erklärt worden sind –, weitere Kredite und den Abzug der letzten alliierten Kontrollorgane aus Berlin. Schließlich räumten 1930 die Truppen der Entente das Rheinland. Die Forderungen von Reichsbankpräsident Schacht während der Verhandlungen, die Rückgabe der ehemaligen Kolonien und die Revision der deutschen Ostgrenzen, wurden allerdings nicht erfüllt.

Doch mit all dem begnügte sich die deutsche Monopolbourgeoisie nicht und konnte sich aufgrund der wieder erreichten Stärke und der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten nicht begnügen. Der von Versailles befreite deutsche Imperialismus gab sein außenpolitisches Debut mit der Proklamation des Zollanschlusses Österreichs an Deutschland. Dieser Versuch, von England unterstützt, konnte *jedoch* „von den unter Frankreichs Führung stehenden kontinentalen Staaten zu Fall gebracht werden.“^[9] Gleichzeitig gab es inoffizielle Versuche zwischen deutscher und französischer Seite, der deutsch-

französischen Industrie-Allianz ein politisch-militärisches Bündnis folgen zu lassen, mit dem Ziel, sich den Osten gemeinsam aufzuteilen. So fanden Anfang der 30er Jahre wiederholt Verhandlungen über den Abschluss eines „accord à trois“ (Dreibund) zwischen Frankreich, Deutschland und Polen statt.^[10]

Mit dieser gewachsenen Stärke des deutschen Imperialismus verstärkten sich die Tendenzen vor allem von Seiten des britischen Imperialismus, aber auch Frankreichs, Deutschlands Expansionsdrang nach Osten und gegen die Sowjetunion zu lenken, diesen grundsätzlichen Feind der Bourgeoisie. Der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich (März 38) wurde tatenlos hingenommen. Mit dem Münchner Abkommen im Herbst 1938 stimmten die Vertreter Englands und Frankreichs der Annexion eines Teils der Tschechoslowakei zu, die ein paar Monate später erfolgte Besetzung des restlichen Tschechiens stieß ebenso auf keinen Widerstand von Seiten der anderen imperialistischen Mächte.

Doch ihre Rechnung, der deutsche Imperialismus solle doch die Sowjetunion überfallen, den dort staatlich organisierten Stützpunkt der internationalen Arbeiterklasse zerschlagen und sich in diesem Kampf aufreiben, ging nicht auf.

Zusammenfassung:

Trotz des gemeinsamen Interesses aller Imperialisten, die Sowjetunion zu zerschlagen, brachte dieser grundsätzliche Widerspruch – geht es doch um die Existenz der Bourgeoisie überhaupt – nicht die zwischenimperialistischen Widersprüche zum Verschwinden. Das wieder Erstarren des deutschen Imperialismus wurde sowohl durch den gemeinsamen Kampf der Mächte gegen die nun auch staatlich organisierte Arbeiterklasse, wie auch den Kampf der imperialistischen Mächte untereinander um Einfluss und Weltmarktanteile ermöglicht. Mit jedem Schritt, der es der deutschen Monopolbourgeoisie erlaubte, wirtschaftlich wieder zu erstarren, konnte diese über ihren Staat auch politische Zugeständnisse erzwingen. Die Kräfteverhältnisse verschoben sich. Wieder erstarkt verlangte das deutsche Finanzkapital nach weltweiten Absatzmärkten, Rohstoffquellen und Einflussphären und das zwangsläufig auch gegen die anderen imperialistischen Staaten. Es drängte nach Neuaufteilung der Welt und das mit Krieg. Um dieses Programm des Wahnsinns allerdings durchführen zu können, brauchten die Herrschenden den Faschismus.

Der Zweite Weltkrieg und sein sich wandelnder Charakter

Der Zweite Weltkrieg begann als zwischenimperialistischer Krieg, gezielt vorbereitet und wieder begonnen vom deutschen Imperialismus. Nun sollte militärisch die Vorherrschaft über Europa erreicht werden, sollte „Lebensraum“ wie die Faschisten das bezeichneten, also Gebiete im Osten in den Weiten Russlands erobert werden. Noch bevor die Sowjetunion überfallen wurde, marschierte die Wehrmacht in Frankreich ein und stellte so gewaltsam die deutsch-französische Achse her. Italien unter Mussolini, verbunden mit dem faschistischen Deutschen Reich, verfolgte seine eigenen Interessen, rückte im Mittelmeerraum vor, überfiel Albanien (1939) und trat 1940 mit der Kriegserklärung gegen Frankreich und England in den Weltkrieg ein. Die imperialistische Macht Japan kämpfte im Pazifikraum vor allem in Konkurrenz mit den USA um seine Vorherrschaft, bombardierte schließlich Ende 1941 Pearl Harbor, woraufhin auch das mit Japan verbündete Deutschland den USA den Krieg erklärte. Doch vorher hatte die faschistische Wehrmacht bereits die Sowjetunion überfallen. Nun wandelte sich der Charakter des Krieges. Die schon im Vorfeld des Krieges angestregten Bemühungen der UdSSR, ein Bündnis der Westmächte mit der Sowjetunion gegen Hitlerdeutschland und seine Verbündeten zu schließen, hatte endlich Erfolg. Der Krieg wurde von Seiten dieses Bündnisses, das nun objektiv auch auf der Seite der Befreiungskämpfe der Völker stand, die von Deutschland, aber auch Japan überfallen worden sind, zum gerechten Krieg gegen den Faschismus.

Die Kräfteverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1989: Neue Situation und alte Widersprüche

Als Ergebnis des Krieges hatten sich die Kräfteverhältnisse zwischen den imperialistischen Staaten noch einmal wesentlich zu Gunsten des US-Imperialismus verändert. Japan und Deutschland waren besiegt und besetzt, letzteres in Besatzungszonen aufgeteilt. England, vor allem aber Frankreich waren politisch und militärisch geschwächt und verloren zusätzlich im Laufe der folgenden Zeit durch die Befreiungsbewegungen und Unabhängigkeitskämpfe einen großen Teil ihrer Kolonien. Die USA wurde zum Gläubiger aller anderen imperialistischen Staaten und zur bestimmenden imperialistischen Kraft. Andererseits ging die internationale Arbeiterbewegung trotz ungeheurer Verluste im Kampf gegen den Faschismus gestärkt hervor. In allen Staaten des ehemaligen „Cordon Sanitaire“ und darüber hinaus in Jugoslawi-

en und Albanien und in einem Teil Deutschlands, konnte die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und mit Unterstützung der Sowjetunion Siege über die Bourgeoisie erringen und Volksdemokratien bzw. sozialistische Staaten errichten. Im Osten rang das chinesische Volk 1949 seine äußeren (Japan) und inneren Feinde nieder, überall standen die Völker im Kampf um ihre Befreiung auf.

Diese Kräfteverhältnisse bestimmten das Geschehen in den folgenden Jahrzehnten. Der Kampf des Finanzkapitals weltweit unter Führung des US-Imperialismus gegen die internationale Arbeiterbewegung, der Versuch, das Rad der Geschichte noch einmal zurück zu drehen, überlagerte die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten. Doch unter dieser Decke zeichneten sich die nun schon bekannten Widersprüche und Strategien, sie zu bewältigen, wieder ab und es veränderten sich die Kräfteverhältnisse.

Der deutsche Imperialismus, nun zusammengedrängt auf Westdeutschland, bot sich als Speerspitze gegen die sozialistischen Länder im Osten an und wurde zu diesem Zweck mit massiver Unterstützung von Seiten der USA und Englands als Frontstaat wieder hochgepöppelt. Nicht zerschlagen, sondern nur entflechtet und mit Hilfe einfließender Kredite, begannen die deutschen Monopole auf den Trümmern des Krieges, der doch so gründlich jede Überkapazität vernichtet hatte, ihre Maschinen auf moderner Grundlage zu erneuern und so die Produktionskapazitäten sogar über den Vorkriegsstand hinaus zu erweitern. So wurde die BRD bereits in den 1950er Jahren zur ökonomisch stärksten Macht in Europa, begann mehr zu exportieren, als sie importieren musste. Bereits 1957 prahlte Franz Josef Strauß: *„Wir sind die wirtschaftlich stärkste Macht in Mitteleuropa geworden. An unseren Kassen stehen die ehemaligen Sieger Schlange. Bei uns sind alle verschuldet. Auf die Dauer kann es kein Deutschland geben, das wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg ist. Deshalb braucht die deutsche Politik einen europäischen Rahmen.“*^[11] Den europäischen Rahmen wohlgerne für die deutsche Expansion.

In den 50er Jahren begann auch, was bürgerliche Strategen bis heute die „doppelte Eindämmung“ nennen: Die militärische Einbindung in die NATO, die politische in ein Bündnis mit den anderen europäischen imperialistischen Staaten. Der wieder erstarkende deutsche Imperialismus sollte so unter Kontrolle gehalten werden.

Für den französischen Imperialismus war diese Politik der USA und Großbritanniens ein Affront, war sie doch wieder auf eine Stärkung des deutschen Imperialismus, sowie des US-Imperialismus in Europa und damit eine weitere Schwächung des eigenen Einflusses gerichtet. So schlug z.B. die französische Regierung vor, die BRD nicht in die NATO militärisch einzubinden, sondern ohne eigenständige Armee und Rüstung in ein Europäisches Verteidigungsbündnis (EVG). Dieser Vorstoß scheiterte allerdings am französischen Parlament woraufhin Westdeutschland remilitarisiert und in die Nato aufgenommen wurde. De Gaulle forderte daraufhin 1958 von den Amerikanern ein Sonderbündnis in der NATO zwischen Paris, London und Washington. Die USA lehnten ab. Am 13.2.1960 explodierte dann die erste französische Atombombe in Regane.

Um in dieser Situation sowohl den deutschen Imperialismus unter Kontrolle zu halten, wie auch den eigenen Einfluss in Europa gegen die USA und England wieder zu stärken, strebte Frankreich weiterhin nach einem Bündnis mit Westdeutschland innerhalb einer europäischen Zusammenarbeit, möglichst unabhängig von den USA – und auch GB. (So scheiterte die Aufnahme GB in die EWG zweimal (63 und 67) am Veto Frankreichs). Diese französischen Bündnisbestrebungen trafen durchaus auch auf Interesse des deutschen Imperialismus, seinerseits jedoch mit dem Ziel, eine zu starke Rolle Frankreichs zu Gunsten des eigenen Vorherrschaftsstrebens dabei zu verhindern – und das mit Hilfe der berühmten „transatlantischen Freundschaft“, mit der man, wenn es passte, Frankreich in den Rücken fiel.

Das alles sind nur Ausschnitte, die aber beispielhaft zeigen, wie viel doch die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten mit denen zwischen den beiden Kriegen gemeinsam haben, bei aller Unterschiedlichkeit der internationalen Kräftekonstellation.

Noch etwas erinnert an die Zeit zwischen den beiden Kriegen (und unmittelbar auch an heute): die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion trotz der großen Feindseligkeit. Bereits Ende der 50er Jahre, also noch bevor die sog. Entspannungspolitik als neue Strategie zur Schwächung der sozialistischen Staaten sich durchsetzte, verhandelte die Adenauerregierung über ein Geschäft, das den Verkauf von Mannesmann'schen Röhren und die Gewährung von Krediten (Deutsche Bank) in die UdSSR vorsah, die im Gegenzug Erdgas an die BRD liefern sollte. Doch zunächst scheiterte dieser Vertrag an

einem vor allem von den USA durchgesetzten, aber im Nato-Rat mit deutscher Stimme 1963 verabschiedeten Röhrenembargo gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten. Erst 1970 konnte dieser Vertrag dann abgeschlossen werden, der es ermöglicht hat, dass bis heute ein wesentlicher Anteil des deutschen Gasbedarfs aus Russland geliefert wird.

Jetzt nur noch ein paar Stichpunkte:

Mit der Gründung der EWG Ende der 50er Jahre, des schrittweisen Abbaus von Handelshemmnissen und schließlich der Errichtung eines Binnenmarktes zwischen den beteiligten Staaten; mit dem Beitritt weiterer Staaten (England, Irland, Dänemark), mit der Entwicklung also dieses Bündnisses, das von den Herrschenden in Frankreich doch gedacht war als Kontrolle des deutschen Kontrahenten durch eine gemeinsame Aufteilung der Märkte Europas, hat der deutsche Imperialismus dadurch seine Stellung nur verstärkt gegenüber den europäischen imperialistischen Mächten Frankreich, England und Italien und seine Vorherrschaft in Europa ausgebaut.

Doch nicht nur in Europa, auch weltweit veränderten sich die Kräfteverhältnisse zumindest im wirtschaftlichen Bereich zwischen den Großmächten. Der US-Imperialismus, geschwächt durch den Krieg gegen das vietnamesische Volk, musste ab den 70er Jahre bereits mehr Waren einführen, als er ausfuhr und diese Entwicklung setzt sich bis in die heutigen Tage fort. Japan dagegen verzeichnete in den 70er Jahren zum ersten Mal Handelsbilanzüberschüsse, Westdeutschland sowieso und was letzteres betrifft durchgehend bis heute.^[121]

Zusammenfassend war der Widerspruch zwischen der sozialistischen Welt und der kapitalistischen Welt in der Zeit nach 1945 bis 1989 der bestimmende auch für die Beziehungen unter den imperialistischen Staaten. Die Stärke des sozialistischen Lagers ließ auch einen großen Krieg nicht ratsam erscheinen. Doch konnte aufgrund dieser besonderen Situation der deutsche Imperialismus ökonomisch wieder einmal erstarren und verschob so die Kräfteverhältnisse.

1989 und folgende: Neuaufteilung der Welt

Die siegreichen Konterrevolutionen in den Jahren 1989 bis 1992 in den Warschauer Pakt Staaten, in Albanien und Jugoslawien veränderten die Nachkriegsordnung grundsätzlich. Sie veränderte sich insgesamt zugunsten der

Monopolbourgeoisie weltweit, wie aber im Besonderen zugunsten des deutschen Imperialismus. Es war eine völlig neue Situation. Die nun im Verständnis des Kapitals frei gewordenen Gebiete im Osten mussten zum jeweilig eigenen Nutzen neu aufgeteilt werden. Vor allem Russland weckte die Begehrlichkeiten der imperialistischen Saaten. Russland mit seinem Reichtum an Bodenschätzen, war nun ohne Sowjetmacht aber auch ohne die Macht eines etablierten russischen Imperialismus wie er noch bis zum 1. Weltkrieg die Kräfteverhältnisse geprägt und den Weg nach Osten versperrt hat. Es war erheblich geschwächt durch sehr instabile innere Machtverhältnisse, wie auch durch den Verlust einer Reihe von Sowjetrepubliken, die schnell ihre Unabhängigkeit erklärt haben, darunter die Ukraine, die Russlands Zugang zum Schwarzen Meer kontrollierte. Das alte Kriegsziel des deutschen Imperialismus, „die Knechtschaft Russlands über seine Vasallen“ zu brechen, war so auf ganz andere Weise Wirklichkeit geworden. Diese Situation schien es möglich zu machen, den russischen Markt, vor allem aber auch seine Rohstoffe und die in den Kaukasusrepubliken in die Hände zu bekommen, ohne direkt militärisch anzugreifen. Es begann der Kampf zwischen den imperialistischen Mächten um diese Reichtümer. Was der US-Imperialismus dabei vor allem verhindern wollte und weiterhin verhindern will, wird kurz aus folgendem Zitat der New York Times vom 2. Mai 1989, also noch vor dem Fall der Mauer, deutlich: *„Es ist diese Furcht: Westdeutschland, schon jetzt beherrschende ökonomische Macht in Westeuropa, will Gorbatschows Politik der Öffnung nutzen, um die beherrschende ökonomische Macht in Ost- und Zentraleuropa zu werden. ... Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges versuchte der Westen, Westdeutschland politisch, wirtschaftlich und militärisch an sich zu binden. Die Angst des Westens resultiert aus der klaren logischen Überlegung, dass ein ungezügelt Deutschland noch einmal seine Macht im Osten suchen würde.“*^[13]

Das bedeutete auf der einen Seite, selbst die Rohstoffe in die Hand zu bekommen, auf der anderen Seite aber vor allem, den Drang des dt. Imperialismus nach Osten möglichst unter US-Führung kontrollierbar zu machen, was aber ohne Zugeständnisse an die deutsche Stärke nicht ging. So kam es zum 2 plus 4 Vertrag, mit dem der deutsche Imperialismus sich die DDR einverleiben, die letzten Fesseln des Potsdamer Abkommens los werden und als einziger imperialistischer Staat sein unmittelbares Herrschaftsgebiet vergrößern konnte. Frankreich unter der Regierung Mitterrand, vor allem aber Englands

Regierungschefin Thatcher hatten erhebliche Widersprüche gegen diesen Machtzuwachs des deutschen Konkurrenten und versuchten, die Verabschiedung dieses Vertrages hinauszuschieben. Doch der dt. Imperialismus war inzwischen zu stark geworden, um gegen ihn, unterstützt vom US-Imperialismus, anzukommen. Frankreich forderte daraufhin eine noch weitergehende Einbindung in das europäische Bündnis durch eine Vertiefung der EU, und, wie es heißt, eine gemeinsame Währung. Eine hegemoniale Stellung Deutschlands in Europa sollte so – wieder einmal – verhindert und der Osten gemeinsam aufgeteilt werden. Der Verbleib Deutschlands in der Nato war sowieso Voraussetzung.

Bevor jedoch irgendeine Vertiefung der EU Realität werden sollte, drängte das deutsche Finanzkapital ökonomisch die Staaten Polen, Ungarn, und die Tschechoslowakei (bis 1993, dann gespalten in Tschechische und Slowakische Republik), schuf damit Fakten und setzte anschließend die Osterweiterung der EU durch – mit der bekannten Drohung des Alleinganges: *„Ohne ein solche Weiterentwicklung der (west) europäischen Integration (... könnte) Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europas allein und in traditioneller Weise zu bewerkstelligen.“*^[14]

Noch bevor aber die Osterweiterung zum europäischen Thema wurde, nahm sich die Kohlregierung des Südostens an. Jugoslawien, dieser Sperrgürtel gegen den deutschen Drang nach Südosten, sollte zerschlagen werden. Die Lostrennungsbestrebungen von Kräften in Kroatien und Slowenien wurden von Anfang an von deutschem Personal unterstützt und die beiden Staaten gegen den Willen Frankreichs und Englands im Alleingang Ende 1991 anerkannt. *„Serbien muss in die Knie gezwungen werden“* erklärte dann 1992 der damalige Außenminister Kinkel und trieb so die Zerschlagung Jugoslawiens weiter voran bis zum Einsatz der Nato 1999, dem ersten Krieg in Europa seit 1945. Und das erste Mal seit der Vertreibung der faschistischen Wehrmacht durch die jugoslawischen Partisanen trampelten wieder deutsche Soldatenstiefel in diesem Land herum. Nicht nur die Nachkriegsordnung nach dem 2. Weltkrieg, sondern auch gleich noch die nach dem 1. Weltkrieg wurde so revidiert.

Die mit 1990 begonnene Neuaufteilung der Welt zeigte sich jedoch sofort 1990 auch in einem anderen Krieg. Die US-Regierung Bush machte klar, dass

sie an ihrer Führungsrolle trotz der Veränderungen nicht rütteln lassen wollte und begann den 2. Golfkrieg gegen den Irak (nach dessen Überfall Kuwaits), also dort, wo einst die Bagdad-Bahn hinführen sollte. Nun war das sicherlich nicht nur gegen den dt. Imperialismus, Iraks wichtigstem Handelspartner, gerichtet, sondern auch gegen Russlands Einfluss in dieser geostrategisch wichtigen Region und gegen die Interessen des französischen Ölkonzerns Total. Aber der dt. Imperialismus spielte dabei notgedrungen eine wesentliche Rolle, gab es doch nicht nur enge Beziehungen Deutschlands zu diesem Land, sondern auch zum Iran. Beim 3. Golfkrieg 2003 zeigten sich die Widersprüche dann bereits sehr deutlich: Frankreich, Deutschland und Russland verweigerten den USA die Zustimmung. Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten im Kampf um Einflusszonen und Rohstoffe verschärfen sich also, was sich auch in den vielen Kriegen seither manifestiert: Irak, Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien.

Es offenbarten sich dabei allerdings auch die stets vorhandenen, mal mehr, mal weniger offen ausgetragenen Widersprüche innerhalb der EU. So unterstützte Großbritannien, in der Regel eh in engem Bündnis mit den USA, den Krieg gegen den Irak ebenso wie z.B. Polen, das die deutsche Übermacht und eine deutsch-russische Zusammenarbeit auf seine Kosten fürchtete.

Auch die Spaltung innerhalb der EU war nicht mehr zu kitten. Ganz im Gegenteil, sie vertiefte sich

Diese Konkurrenz innerhalb der EU zwischen auf der einen Seite Großbritannien, auf der anderen Seite der Achse Berlin – Paris manifestierte sich auch auf der Ebene der Monopole. So ist der um die Jahrtausendwende geschaffene Luftfahrt- und Rüstungskonzern Airbus, damals noch EADS, ein im Wesentlichen deutsch-französisches Monopol, ja so etwas wie ein Kartell, in den sich deutsche und französische Luftfahrt und Rüstungskonzerne zu jeweils gleichen Anteilen zusammengeschlossen haben. Erklärtes und inzwischen auch erreichtes Ziel, war es, gegen die US-amerikanische Boeing anzutreten und sie zu überflügeln. Als es allerdings ein gutes Jahrzehnt später darum ging, zusätzlich die britische Aerospace in dieses Bündnis einzuschließen, was, so sollte man denken, doch ein wesentlicher Vorteil im Kampf gegen die US-amerikanische Konkurrenz gewesen wäre, scheiterte dies am Einspruch der Bundesregierung. Denn damit wäre ja in diesem Monopol auch eine deutsch-britische Mehrheit gegen die deutsche möglich geworden. Doch eine Entente

cordiale, auf Konzernebene wie auch auf staatlicher Ebene, sollte auf jeden Fall verhindert werden. Man sieht schon, dass all die bekannten Widersprüche auch durch die Bündnisse, die ja tatsächlich einen Unterschied zu der Situation vor 1945 darstellen, nicht aufgelöst werden, sondern mal mehr, mal weniger scharf aufbrechen bis dahin, dass sie das Bündnis sprengen, wie der Austritt Großbritanniens zeigt.

Dass es so weit kam, hat damit zu tun, dass trotz bzw. mit Vertiefung der EU, mit der Einführung des Euro als Konkurrenzwährung zum Dollar, an der Großbritannien nie teilgenommen hat, eine hegemoniale Stellung des deutschen Imperialismus nicht nur nicht verhindert werden konnte, sondern er diese in der EU noch ausweiten konnte. Besonders deutlich wurde das dann in der sog. Schulden- und dann Eurokrise ab 2010, in der der dt. Imperialismus ganze Staaten ins Elend diktierte und es ihm gelang, die Folgen der Krise auf die anderen EU-Staaten abzuwälzen.

Bevor ich nun zum Ende komme, noch einmal kurz zurück zu Russland. Es gab vor allem ab 2000, nachdem die russische Bourgeoisie mit Putin begonnen hatte, Wirtschaft und Staat zu reorganisieren und den Ausverkauf seiner Reichtümer zu stoppen, was v.a. die US-amerikanischen Ölmonopole betraf, eine wachsende Wirtschaftsbeziehung zwischen der BRD und der Russischen Föderation. Doch gleichzeitig sollte der Einfluss Russlands weiter zurückgedrängt werden, worin man sich mit den USA durchaus einig war. Von Seiten Deutschlands im Verbund mit Frankreich aber sollte das vor allem mit Hilfe der EU-Assoziierungsabkommen geschehen, also dem Versuch, Staaten wie die Ukraine und Georgien, aber auch Syrien in die eigene Einflusszone einzubinden. Der US-Imperialismus dagegen wollte sowohl die Ukraine wie auch Georgien in die Nato aufnehmen, was bis heute vor allem am Einspruch Deutschlands scheitert. Die Verhandlungen mit Syrien über ein EU-Assoziierungsabkommen wurden bereits 2009 von Seiten der syrischen Regierung abgebrochen. Dem bereits fertigen Vertragspaket mit der Ukraine verweigerte dann der damalige ukrainische Regierungschef Janukowitsch die Unterschrift im Herbst 2013 mit den bekannten Folgen: Massive deutsche Unterstützung der Maidan-Unruhen, Sturz der ukrainischen Regierung mit Hilfe von Nachfolgern der faschistischen Kollaborateure während des 2. Weltkrieges. Russland reagierte mit dem Anschluss der Krim an die Russische Föderation und Unterstützung der Kämpfe in der Ostukraine, die gegen

die Einbindung in das EU-Bündnis geführt wurden und eigene Republiken aufbauen wollen. Die russische Regierung unter Putin machte spätestens ab diesem Zeitpunkt klar, dass sie diesen Versuchen der eigenen Zurückdrängung und Schwächung nicht mehr tatenlos zusieht. Eine weitere Aufteilung Russlands ohne militärische Gewalt wird dadurch zunehmend unwahrscheinlicher.

Auch wenn als Antwort darauf sowohl die US-amerikanische, wie die deutsche Regierung nach Sanktionen zur Bestrafung dieses ungehörlichen Benehmens Russlands riefen – hinter den Kulissen hatte die Merkel-Regierung alle Hände voll zu tun, dass diese Sanktionen sich möglichst wenig gegen deutsche Interessen in und mit Russland richten, also z.B. das Gasgeschäft ausgenommen wird, während die Obama-Regierung doch genau das Gegenteil wollte: Mit Russland auch den deutschen Imperialismus treffen, dessen zunehmende Stärke und dadurch ökonomisch und politisch errungene Machtposition nicht nur auf Kosten der europäischen Konkurrenten geht, sondern zwangsläufig auch die Stellung des US-Imperialismus bedroht.

Ich gehe nun nicht mehr auf die VR China und das Verhalten der imperialistischen Mächte gegen sie ein, wir haben schon in den vergangenen Tagen ausführlich darüber gesprochen, sondern komme zum Schluss.

Albert Norden schreibt in seinem Buch „Lehren der deutschen Geschichte“ zu der Situation zwischen den beiden Weltkriegen: *„Dass sie (die Siegermächte nach dem 1. Weltkrieg. G.A.) mit ihrem Verhalten zwischen 1918 und 1933 gleichzeitig die Konkurrenz gegen sich selbst hochzuchteten und den deutschen Imperialismus in die Lage versetzten, sich abermals waffenklirrend zu erheben, zeigt nur die Widersprüche in der Politik des internationalen Finanzkapitals und seine Unfähigkeit zur friedlichen Organisation der Welt.“*^[15] Auch wenn wir nicht wissen, wer sich als erster, wann, in welchem Bündnis und gegen welchen Staat im Kampf um die Weltherrschaft waffenklirrend erheben wird: die Widersprüche in der Politik der Monopolbourgeoisie und ihre Unfähigkeit zur friedlichen Organisation der Welt treten heute so deutlich zu Tage, wie damals.

Gretl Aden

Entwicklung des Außenhandels in Mrd. Mark

Land	1873	1913	Steigerung in %
England	12,6	24,1	91,1
Deutschland	6,0	20,8	244,0
Frankreich	6,0	12,2	104,0

Anmerkungen:

1 „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, LW Bd. 22, ebd. S. 257.

2 Ebd. S. 300.

3 Entwicklung des Außenhandels siehe Tabelle am Ende des Artikels

4 Kriegszielrichtlinien Bethmann Hollwegs vom 9.9.1914, zit. nach Reinhard Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals, Bonn 1994, S. 217.

5 „Zur Not geht es auch ohne Russland“, FAZ 24.6.1997.

6 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel VIII, Dietz Verlag, Berlin 1967(Taschenbuchausgabe) S. 31.

7 ebd. S. 33.

8 Die Absprache war, dass sich Standard Oil aus dem Chemiegeschäft und die IG-Farben dafür aus dem Ölgeschäft heraus halten.

9 Norden, Lehren deutscher Geschichte, a.a.O. S. 79.

10 ebd. S. 115 f.

11 „Welt“ vom 2.9.57.

12 Noch ein paar Zahlen: Hatte die USA 1948 einen Anteil an allen Exporten von ca. 21%, so fiel dieser bis 1983 auf rund 11%. Westdeutschlands Anteil dagegen stieg in diesem Zeitraum von gut einem Prozent auf 9% und der von Japan von einem halben Prozent auf 8 %.

13 zit. nach Arbeiterpolitik, 4,5/89.

14 Schäuble/Lamers für die CDU/CSU Bundestagsfraktion, 1.9.1994.

15 Norden, a.a.O. S. 118

Thanasis Spanidis: Imperialismus, „multipolare Weltordnung“ und nationale Befreiung (KO)⁴

Die Stellungnahme der KO zum Truppenabzug der USA aus Afghanistan („Ein Schritt in Richtung Befreiung Afghanistans“) hat Anlass zu diversen Diskussionen gegeben. Ich halte es für hilfreich, bestimmte kritische Punkte, die in dem Text angerissen werden, anzusprechen und in die Diskussion einzubringen. Dabei soll es nicht darum gehen, in den Text etwas hineinzulesen, was nicht darin steht, sondern vielmehr verschiedene Aspekte, die darin aufgeworfen aber nicht ausgeführt werden, überhaupt erst expliziter zum Thema zu machen. Im Zuge dessen wird sich leichter feststellen lassen, ob und wie weitgehend es dazu einen Dissens innerhalb der KO und ggf. mit anderen Organisationen gibt. An der Stellungnahme selbst will ich mich dabei nicht abarbeiten, sie soll eher einen „Aufhänger“ darstellen, um diese Fragen allgemeiner zu diskutieren.

1a. Nationale Befreiung und Etappentheorie

Meines Erachtens besteht ein Mangel der Stellungnahme darin, dass sie einen uneindeutigen Begriff von „nationaler Befreiung“ verwendet. Im Titel ist die Rede von der Vertreibung der Besatzer als einem „ersten Schritt“ in Richtung Befreiung. Im Text selbst wird ihr Abzug bereits als „nationale Befreiung“ und „der erste, notwendige Schritt in Richtung einer möglichen Zukunft, in der das Volk seinen eigenen Weg geht“ bezeichnet. Diese Ungenauigkeit ist aber kein Zufall – vielmehr drückt sie aus, dass die Frage, was genau eigentlich „nationale Befreiung“ bedeutet, mehrere mögliche Antworten zulässt – und dass diese Antworten wiederum Implikationen für eine kommunistische Strategie und Taktik haben können. Mit „nationaler Befreiung“ kann entweder einfach die Vertreibung einer Fremdherrschaft, also von Besatzern oder Kolonisatoren gemeint sein – also eine nationale Befreiung im weiteren Sinne. Im engeren Sinne kann damit aber auch die Erringung einer umfassenderen Unabhängigkeit, also z.B. auch ökonomischer Selbstständigkeit und Befreiung von starker politischer Einflussnahme gemeint sein. Für beide Verwendungen des Begriffs ließen sich Beispiele finden.

⁴ Siehe auch: www.kommunistische.org

Das Konzept der „Abhängigkeit“ in den Dependenztheorien

Aber welches Problem steht eigentlich hinter der Frage der nationalen Befreiung?

Es ist unbestritten, dass der Imperialismus als Weltsystem verschiedene Formen und Grade der Abhängigkeit zwischen Ländern, Staaten, aber auch Regionen produziert und diese sich ständig entwickeln, also verändern. Vor allem in Lateinamerika wurde in der Vergangenheit versucht, diese Abhängigkeitsbeziehungen theoretisch zu erklären mithilfe der sogenannten „Dependenztheorien“. Einige dieser Theorien waren klar bürgerlich, andere vertraten einen marxistischen Anspruch und verstanden sich als eine Ergänzung zur Leninschen Imperialismustheorie. Sie haben sicherlich dazu beigetragen, die Verhältnisse, in denen Abhängigkeiten entstehen und aufrechterhalten werden, genauer zu verstehen.

Allerdings kranken alle diese Theorien an dem Problem, Abhängigkeit rein einseitig verstanden zu haben. Sie verstanden das Problem der Abhängigkeit als eine Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen entwickelten/unterdrückenden und abhängigen/unterdrückten Ländern. Die Dependenztheorien sind in den akademischen Diskussionen heute nur noch wenig präsent, auch als Ergebnis einer generellen Vorherrschaft liberaler und konservativer Positionen an den Universitäten. In der Linken, auch in der kommunistischen Bewegung (insbesondere z.B. im Maoismus^[1], aber auch in anderen Strömungen der Bewegung), sind sie allerdings weiterhin einflussreich. Aus folgenden Gründen ist ihre Sichtweise jedoch problematisch:

a- Weil sie die widersprüchlichen Beziehungen zwischen Staaten des „Zentrums“, die eben auch von (wechselseitigen) Abhängigkeiten geprägt sind, als entscheidendes Element des imperialistischen Weltsystems außer Acht lässt bzw. in ihrer Bedeutung unterschätzt.

b- Weil sie eine scharfe Einteilung der Welt in entwickelte und abhängige Länder vornimmt und dabei die zahlreichen Abstufungen dazwischen ignoriert.

c- Weil sie den Aspekt der Abhängigkeit, der als wesentlicher Grund für die Aufrechterhaltung der Unterentwicklung gesehen wird, verabsolutiert, und dadurch unterschätzt, wie sehr das imperialistische Weltsystem ständigen

Verschiebungen und Auf- und Abstiegsprozessen unterliegt. Dass selbst ehemalige Kolonien zu bedeutenden Wirtschafts- und Militärmächten aufsteigen können, lässt sich mit diesen Theorien nur schwer erklären.

d- Weil sie die Bourgeoisien der „abhängigen“ Länder als eigene Klassenkräfte mit eigenen kapitalistischen/imperialistischen Ambitionen unterschätzt und damit politisch aus der Schusslinie nimmt. Die Dependenztheorien haben damit eine klassenneutrale Tendenz, weil sie letzten Endes die beherrschten Klassen der „abhängigen“ Länder gemeinsam mit der Bourgeoisie dieser Länder unter den Begriff „Abhängigkeit“ fassen. In Lateinamerika äußert sich das beispielsweise bis heute oft darin, dass sozialistische Kräfte faktisch „den Imperialismus“ mit den USA gleichsetzen und die einheimische Bourgeoisie nicht als Gegner erkennen oder sogar, vor allem wenn sie eine größere Unabhängigkeit von den USA anstrebt, als Verbündeten begreifen. In relativ entwickelten kapitalistischen Ländern wie Brasilien, Argentinien, Mexiko oder Chile wurden und werden „linke“ bürgerliche Regierungen (Kirchner in Argentinien, Lula/Rousseff in Brasilien, Bachelet in Chile, López Obrador in Mexiko) als Teil einer „fortschrittlichen“ oder gar antiimperialistischen Tendenz verstanden.

Imperialismus als System wechselseitiger, hierarchischer Abhängigkeiten

Plausibler ist dagegen eine Konzeption des Imperialismus, die diesen als ein System wechselseitiger, aber hierarchischer Abhängigkeitsbeziehungen versteht, also als eine Art „Pyramide“ mit einer Spitze und einer nach unten breiter werdenden Basis[2]. Weil der Kapitalismus sich weltweit ungleichmäßig entwickelt und insbesondere durch Krisen die Hierarchie zwischen den Staaten sich ständig verändert, sollte das Bild der „Pyramide“ dabei natürlich nicht statisch verstanden werden. Wichtig ist an dieser Konzeption allerdings, dass sie:

a- Den Imperialismus als ein Weltsystem versteht, das auch die weniger entwickelten, selbst die ärmsten und/oder völlig abhängigen Länder mit einbezieht. Imperialismus ist damit also keine bloße „Eigenschaft“, die nur einer Handvoll Länder zukommt, sondern ein Gesamtsystem.

b- Die Wechselseitigkeit der Abhängigkeiten mit einbezieht, woraus folgt, dass die Dominanz eines Landes nie absolut ist und auch ständig infrage gestellt werden kann.

Das bedeutet wiederum nicht, dass der hierarchische Charakter dieser gegenseitigen Abhängigkeiten vergessen werden sollte. *„Man ist gut beraten, Analysen zu vermeiden, die zwar die Charakteristika des Imperialismus als ein die ganze Welt durchdringendes System und die von jedem Land in einer bestimmten Phase des Kapitalismus übernommenen imperialistischen Rollen betonen, aber die imperialistische Hierarchie selbst trivialisieren.“*, schreibt die Kommunistische Partei der Türkei dazu[3]. Sicherlich besteht zwischen den USA und Mexiko ein Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit, trotzdem sind die USA der sehr viel stärkere Pol in dieser Beziehung und es ist schwer vorstellbar, dass dieses Verhältnis sich in einem überschaubaren Zeitraum umkehren könnte. Über Abhängigkeit müssen wir also weiterhin sprechen.

Abhängigkeiten können sich auf verschiedene Weise ausdrücken: Als ökonomische Abhängigkeiten, bei denen z.B. ein schwächeres Land von einem stärkeren abhängig ist, indem es aus diesem viele verarbeitete und hochtechnologische Güter kauft und/oder das Kapital des stärkeren Landes erhebliche Teile der Produktion, der Infrastruktur, des Handels oder des Finanzsystems kontrolliert. Es gibt aber auch politische und militärische Abhängigkeit, bei denen ein Land im Extremfall direkt einer Besatzung oder gar Kolonialherrschaft unterworfen ist oder z.B., indem eine Regierung stark von ausländischen Geheimdiensten dirigiert wird o.ä. Das Problem hierbei ist, dass diese beiden Formen der Abhängigkeit sich zwar einerseits deutlich unterscheiden und nach sehr unterschiedlichen politischen Antworten verlangen, andererseits aber auch nicht immer scharf voneinander abgrenzbar sind. Denn die Grundlage einer politischen Abhängigkeit ist in der Regel eine ökonomische: Damit ein imperialistisches Land so viel Einfluss irgendwo gewinnen kann, muss die Grundlage der Bourgeoisie dieses Landes für eine eigene Kapitalakkumulation sehr schwach sein und/oder diese Kapitalakkumulation sehr eng mit den Interessen des dominierenden Landes verbunden sein. Zudem gibt es prinzipiell unendlich viele Grade und Formen der politischen Abhängigkeit. So war Griechenland in der Krise sicherlich keine „Kolonie“ oder ein „besetztes Land“, wie es Opportunisten verschiedener Spielart behaupteten. Dennoch war die Anwesenheit der Troika im Land, die über den Kredithebel direkten Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung nehmen konnte, sicherlich

eine Form der politischen *und* ökonomischen Abhängigkeit – allerdings auch nur deshalb, weil die griechische Bourgeoisie dem mehrheitlich zustimmte, da die Senkung der Lohnkosten, Angriffe auf die Gewerkschaften und sowieso der Verbleib Griechenlands in der EU und Eurozone ihren Interessen entsprach.

Wie umgehen mit dem Problem nationaler Abhängigkeit?

Nun verlangt aber eine politische Abhängigkeit unter Umständen nach einer ganz anderen praktischen Antwort als eine ökonomische Abhängigkeit. In einem von imperialistischen Mächten besetzten Land ist es richtig, gegen die Besatzung zu kämpfen, für eine politische und militärische nationale Befreiung. Im Zweiten Weltkrieg war es in den besetzten Ländern richtig, den antifaschistischen Kampf auch als einen nationalen Befreiungskampf zu führen. Und das nicht nur, weil ein souveräner Nationalstaat sicherlich das „geringere Übel“ gegenüber einem Besatzungsregime ist und eher die Entfaltung des Klassenkampfes erlaubt, sondern auch, weil der Kampf gegen die Besatzung in dem Land in der Regel das beherrschende politische Thema und die zentrale Konfliktlinie ist, zu der die Kommunisten sich unbedingt aktiv verhalten müssen. Aus diesem Grund ist es auch unzulässig, in einem von imperialistischer Aggression bedrohten Land seine Politik allein gegen das örtliche Regime zu richten und dadurch ggf. den imperialistischen Aggressoren einen Dienst zu leisten, so wie es Teile der iranischen „Linken“ tun.

Doch was ist, wenn die Besatzung eines Tages endet? Die ökonomische und meist auch die politische Abhängigkeit des Landes wird dadurch in der Regel nicht beseitigt. Aus Sicht der imperialistischen Besatzer wird vermutlich auch die Kalkulation entscheidend gewesen sein, dass man mit „informellen“ Formen der Beherrschung das Land kostengünstiger unter Kontrolle halten kann als mit unmittelbarer Besatzung – so lief es bekanntlich oft im Prozess der Dekolonisierung, denn bei weitem nicht alle ehemaligen Kolonien haben ihre Unabhängigkeit durch einen bewaffneten Aufstand erkämpft.

Welches Verhältnis nehmen die Kommunisten dann zu diesen anderen, indirekteren Formen der Abhängigkeit und zur Frage der nationalen Befreiung ein? Sicherlich ist es richtig, die Abhängigkeit in einer gewissen Form weiterhin zu problematisieren. Ist es aber richtig, die Herstellung der nationalen Souveränität zur Parole zu machen, wie es unter der Besatzung oder Koloni-

alherrschaft evtl. richtig war? Nein, denn eine solche Parole führt die kämpfende Arbeiterklasse des Landes in die Irre: Ihr Kampf wird um bessere Lebensbedingungen und letztendlich um die Erringung der Arbeitermacht geführt, die dann selbstverständlich versuchen wird, die verschiedenen Formen nationaler Abhängigkeit zu überwinden. Ihr Ziel kann aber nicht eine vergrößerte „ökonomische Souveränität“ im Sinne einer stärkeren Verhandlungsposition ihrer eigenen Bourgeoisie sein. Denn die Interessen der Bourgeoisie und des Proletariats bleiben auch in unterentwickelten Ländern unversöhnlich, zumal gerade in diesen Ländern die Erhöhung der Profite durch Niedriglöhne eine entscheidende Bedeutung in der Entwicklungsstrategie der Bourgeoisie hat – und das sogar viel stärker als in den reichen imperialistischen Ländern, deren globale ökonomische Dominanz weniger auf niedrigen Löhnen als auf technologischer Vorherrschaft, stabiler bürgerlicher Herrschaft, Infrastruktur, gut ausgebildeten Arbeitskräften usw. beruht. Orientiert die Arbeiterklasse bzw. ihre Partei sich nun darauf, die kapitalistische Entwicklung des Landes voranzubringen, gibt sie damit den Kampf um die Macht, also um den Sozialismus zwangsläufig auf. Dies ist damit gemeint, wenn beispielsweise die KKE betont, dass der Imperialismus als Weltsystem auch nach einer im Kern einheitlichen Strategie der Kommunisten aller Länder verlangt. Damit stellt sich die KKE zu recht gegen die verbreitete Position, dass jedes Land seine für sich angepasste Strategie brauche und deshalb auch jede KP diese für sich entwickeln müsse, ohne dass jemand anderes berechtigt wäre, sie dafür zu kritisieren.

Die Folgen einer falschen Behandlung der nationalen Frage lassen sich vielerorts beobachten, beispielhaft seien die PCF (Französische KP) und die PCP (Portugiesische KP) herausgegriffen. Die PCF betonte in den Nachkriegsjahren schon früh sehr stark die Unabhängigkeit Frankreichs als strategisches Ziel, zu einem Zeitpunkt, wo Frankreich nicht nur nicht besetzt war, sondern selbst als Kolonialmacht blutige Unterwerfungszüge in Algerien und Indochina führte. Diese falsche Auffassung der nationalen Frage führte sie auch dazu, die Notwendigkeit einer einheitlichen revolutionären Strategie der kommunistischen Weltbewegung als eine der ersten infrage zu stellen. Sie war der „Türöffner“ für den „Eurokommunismus“, der letzten Endes die PCF von einer Arbeiterpartei in eine bürgerliche Partei verwandelte.

In Portugal vermied die PCP es unter ihrer damaligen Führung, sich der „eu-rokommunistischen“ Tendenz anzuschließen. Im 21. Jahrhundert wurde jedoch deutlich, dass auch die PCP ein fragwürdiges Verständnis der nationalen Frage propagiert, was auch zum Gegenstand verschiedener Konflikte in der kommunistischen Weltbewegung geworden ist. So analysiert die PCP in ihrem Programm, dass die Politik der bisherigen Regierungen Portugal in einen „abhängigen peripheren Marionettenstaat“ verwandle, „dessen Politik – zunehmend im Gegensatz zu den Interessen Portugals und seines Volkes – von supranationalen Organen entschieden werden, die im Wesentlichen vom transnationalen Kapital und einem Direktorat der mächtigsten und reichsten Staaten“ gelenkt werden[4]. Bei den EU-Wahlen 2019 gab sie einen gemeinsamen Appell mit „kommunistischen, progressiven, antikapitalistischen, anti-neoliberalen, linken und ökologischen Kräften“ heraus, die vermeintlich diesem Ziel der „nationalen Befreiung von der EU“ dienten, darunter auch klar sozialdemokratische Kräfte wie die deutsche Linkspartei, die Izquierda Unida aus Spanien, die „Rifondazione Comunista“ aus Italien usw. Auch hier hat eine fragwürdige Behandlung der nationalen Frage letztlich zur Legitimation einer fragwürdigen politischen Strategie und Taktik beigetragen.

Wie verhält es sich aber nun *genau* in Ländern unter direkter imperialistischer Besatzung oder Kolonialherrschaft, wie beispielsweise Palästina oder bis vor Kurzem Afghanistan? Grundsätzlich anders oder nicht? Ich denke, beides.

Grundsätzlich anders ist die Situation dadurch, dass der Feind unmittelbar im Land steht, Städte, Dörfer und Infrastruktur zerstört, die Zivilbevölkerung abschlachtet und jede Entwicklung verunmöglicht. Deshalb ist der Kampf gegen diesen Feind und auch eine entsprechende Bündnistaktik eine vorrangige Aufgabe der Kommunisten. Besonders in islamisch geprägten Ländern bereitet dieser Punkt vielen Linken in Deutschland Schwierigkeiten, weil sie auch begrenzte Übereinkünfte und Aktionseinheiten mit ideologisch „reaktionären“ Gruppen (z.B. der Hamas) per se ablehnen. Dies geht aber an den Gesetzmäßigkeiten und Erfordernissen eines Krieges vorbei, denn ein Krieg verläuft nicht in denselben Bewegungsformen wie ein „friedlicher“ politischer Kampf. In einem Krieg sind Formen der Diplomatie oder Übereinkünfte auch mit ideologischen Gegnern, manchmal sogar mit der verfeindeten Kriegspartei, oft genug unvermeidlich.

Grundsätzlich gleich ist die Situation allerdings insofern, als auch in einem besetzten Land das Ziel des Kampfes nicht ein „freier“ bürgerlicher Staat sein kann. Auch hier ist es notwendig, dass die Kommunisten den Sozialismus, die Befreiung der Arbeiterklasse auf die Tagesordnung setzen. Das ist eine strategische, keine taktische Frage, oder mit anderen Worten: Es geht nicht darum, dass jede Parole und jedes Plakat den Begriff Sozialismus enthalten muss. Es geht darum, dass dieses Ziel für die KP das oberste handlungsleitende Ziel ist. Die Befreiung des eigenen Territoriums von fremder Besatzung, die Mobilisierung des legitimen Patriotismus der Bevölkerung dienen der Vorbereitung der Machtübernahme. Der antifaschistische Befreiungskampf während des Zweiten Weltkrieges beging in vielen Ländern in genau dieser Frage verheerende Fehler: Der Sozialismus wurde von den Kommunisten, die im antifaschistischen Kampf eine führende Rolle spielten, nur noch als Fernziel und faktisch oft eher als Identität der Partei weiter hochgehalten, während das eigentliche Ziel nun die Vertreibung des Faschismus (teilweise auch der reaktionären Kräfte allgemein, z.B. in Griechenland der Monarchie) und die nationale Souveränität in einer bürgerlich-demokratischen, bestenfalls „volksdemokratischen“ Republik war. Dieser Fehler wog umso schwerer, als gerade durch den Krieg in einigen Ländern eine revolutionäre Situation heranreifte, die von den örtlichen KPen – die ohne die zu diesem Zeitpunkt aufgelöste Komintern ohnehin weitgehend auf sich selbst gestellt waren – jedoch nicht ausgenutzt wurde: Besonders Italien und Griechenland sind hier zu nennen. Um jedes Missverständnis zu vermeiden, noch mal ganz deutlich: Falsch war es nicht, gegen den Faschismus als taktischen Hauptfeind, für die nationale Befreiung, für die Verteidigung der Sowjetunion zu kämpfen und sich auf den Standpunkt des Patriotismus zu stellen. Falsch war es, diesen Kampf nicht dem strategischen Ziel des Sozialismus unterzuordnen und für dieses nutzbar zu machen. Und diesen Fehler sollte man auch heute, wo es in der Regel nicht um einen Kampf gegen den Faschismus im engeren Sinne, sondern gegen imperialistische Besatzung oder Siedlerkolonialismus (in Palästina) geht, nicht wiederholen.

Was bedeutet das nun konkret für den Kampf gegen die Besatzer in Afghanistan, Palästina, Irak oder gegen die Interventen in Syrien etc.? Erstens, es ist richtig, diesen Kampf zu führen. Zweitens, die Bedingungen vor Ort entscheiden darüber, wo es richtig und wo es falsch ist, mit Kräften zu kooperieren, die zwar gegen denselben Feind kämpfen, aber grundsätzlich andere Ziele

verfolgen. Drittens, diese Kräfte bleiben auf strategischer Ebene weiterhin Gegner – und zwar egal, ob es sich um islamisch-konservative Kräfte oder um „progressiv“-sozialdemokratische handelt – und müssen letztendlich politisch neutralisiert werden, um den Kampf um die Macht führen zu können. Daraus ergibt sich m.E., dass wir gut beraten sind, uns mit überschwänglicher Rhetorik, die z.B. die Vertreibung der US-Truppen durch die Taliban als „objektiv[en] Sieg für das gesamte afghanische Volk“ bezeichnet und gar mit dem Sieg der antiimperialistischen und kommunistischen Kräfte in Saigon vergleicht, zurückzuhalten. Denn das wird der differenzierten und durchaus komplizierteren Konstellation nicht gerecht und weckt leicht die falschen Assoziationen.

1b. „Unterdrückte“ und „unterdrückende“ Nationen

Mit dem vorangegangenen Thema hängt auch die oft implizit mitschwingende Frage zusammen, ob es heute weiterhin richtig ist, die Welt in „unterdrückende und unterdrückte Nationen“ zu unterteilen. Eine solche Unterscheidung findet sich bei Lenin (z.B. „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, Lenin Werke 22, S. 144-159). Dass Lenin diese Begriffe benutzte, sollte allerdings alleine kein Grund sein, daran festzuhalten. Ist es also sinnvoll, an dieser Unterscheidung festzuhalten?

In einem gewissen Sinne sollte klar sein, dass es natürlich weiterhin ganze Völker gibt, die summarisch einer brutalen, barbarischen Unterdrückung unterworfen werden: Die Palästinenser, die Sahrawis, die indigene Bevölkerung in vielen Ländern Lateinamerikas, die Adivasi in Indien usw. Aber auch die Iraker oder Afghanen, deren Länder von den USA und ihren Verbündeten seit Jahrzehnten mit Krieg und Zerstörung überzogen werden. Sicherlich ist es nicht falsch, hier den Begriff „unterdrückte Völker“ anzuwenden.

Wie weit taugt aber diese Unterscheidung zur Analyse des Imperialismus insgesamt? Ich denke, nicht sehr viel, und das aus ähnlichen Gründen wie denen, die gegen die Dependenztheorie sprechen. In den meisten Ländern der Welt ist keineswegs die gesamte Nation unterdrückt, sondern lediglich die Arbeiterklasse und andere arme Klassen und Schichten, z.B. Kleinbauern oder ein „Lumpen-Kleinbürgertum“ (z.B. Straßenhändler etc.). Die Bourgeoisie der „abhängigen“ Länder ist in der Regel nicht unterdrückt, sondern nimmt in der internationalen Arbeitsteilung lediglich eine untergeordnete bzw. Zwi-

schenstellung ein. Auch sie ist aber eine Ausbeuterklasse, hat parasitären Charakter und häuft teilweise enorme Reichtümer auf Kosten der im Elend lebenden Arbeiter und Bauern an. Einige dieser Kapitalisten schafften es immer wieder in die Liste der absolut reichsten Individuen der Erde: Lakshmi Mittal, Kushal Pal Singh und Mukesh Ambani aus Indien, Carlos Slim aus Mexiko, Zhong Shanshan, Jack Ma oder Zhang Yiming aus China, das sich ja auch immer noch als „Entwicklungsland“ darstellt usw. Es ist sehr irreführend, die Bevölkerung dieser Länder kollektiv als unterdrückte Nation zu bezeichnen, auch wenn es unbestreitbar ist, dass große Teile der Massen bspw. in Indien oder Mexiko nach wie vor in absolutem Elend leben müssen.

Umgekehrt gilt aber auch: Dass die Mehrheit des Volkes bzw. der Nation unterdrückt wird, gilt ebenfalls für alle Länder, auch die führenden imperialistischen Mächte. Die strategischen Aufgaben der Arbeiterklasse sind in Mexiko nicht prinzipiell anders als in Deutschland. In beiden Ländern besteht die Herausforderung darin, unter der Führung einer KP ein gesellschaftliches Bündnis aufzubauen, um die Macht zu übernehmen.

All das bedeutet keineswegs, dass es keine Unterschiede zwischen Mexiko und Indien einerseits und den USA oder Deutschland andererseits gäbe oder dass diese irrelevant seien. Es bedeutet nur, dass diese Unterschiede mit dem Konzept der gegenseitigen asymmetrischen/hierarchischen Abhängigkeiten sehr viel besser zu erfassen sind als mit einer starren Unterteilung in „unterdrückte“ und „unterdrückende“ Nationen. Auch die Zwischenstufen zwischen der Spitze und dem „Bodensatz“ der Pyramide – zu denen die allermeisten Länder gehören – lassen sich mit dieser Unterteilung nicht befriedigend erfassen: Mexiko, Indien, die Türkei, Iran usw. gehören weder zu den reichsten Staaten der Welt noch sind sie mit Ländern wie Haiti, Malawi, Jemen oder DR Kongo zu vergleichen.

Damit soll nicht gesagt sein, dass jeder, der diese Unterteilung weiterhin verwenden will, dies in opportunistischer Absicht tut oder opportunistische Schlussfolgerungen daraus zieht. Das ist sicherlich nicht der Fall. Allerdings legt diese Terminologie solche Schlussfolgerungen nahe und ist analytisch wenig zielführend.

2. Multipolare Weltordnung

Im Zusammenhang mit der Stellungnahme zu Afghanistan hat sich ein weiterer Diskussionspunkt herauskristallisiert, nämlich die Frage, wie die Entwicklung des imperialistischen Weltsystems hin zu einer neuen Multipolarität in diesem Kontext einzuschätzen ist. Denn so richtig es ist, dass das Ende der Besatzung die Voraussetzung für Fortschritt jeglicher Art ist, so offen bleibt die Frage, welche Verschiebungen im imperialistischen Weltsystem daraus folgen werden. Es scheint sich abzuzeichnen, dass der Abzug der US- und NATO-Truppen aus Afghanistan in der Tat auch in dem Sinne eine strategische Niederlage der westlichen Imperialisten ist, dass ihre Position in Zentralasien damit auf Dauer geschwächt sein dürfte. Afghanistan hatte historisch eine strategische Bedeutung für die USA (so wie früher schon für den britischen Imperialismus) als Verbindungsglied zwischen China, Indien/Pakistan und Persien bzw. Iran. Heute ist dabei insbesondere von Bedeutung, dass Afghanistan mit China und Iran an zwei der strategischen Feinde der USA grenzt und zudem im weiteren Sinne zur Südflanke des dritten Feindes, nämlich Russland, zählt. Russland und China (ökonomisch sticht China dabei heraus) übernehmen inzwischen den Platz der USA als vorherrschende imperialistische Mächte in der zentralasiatischen Region, nachdem die USA, deren Vorherrschaft ebenfalls nie absolut und gesichert war, in den 2000er Jahren eine Reihe von Rückschlägen erlitten haben und das ökonomische, politische und militärische Potenzial Russlands und Chinas seitdem erheblich gewachsen ist.

Für das afghanische Volk ist es unabhängig davon erfreulich, dass die Besatzung endet, denn eine imperialistische Politik mit diplomatischen und ökonomischen Mitteln ist für die Bevölkerung natürlich nicht dasselbe wie Krieg und Besatzung. Aber was diese Entwicklung für den Rest der Welt bedeutet, scheint noch nicht entschieden zu sein. Auch die Frage, inwieweit der Sieg der Taliban auch durch ausländische, teilweise imperialistische Akteure vorangetrieben und bedingt war, inwiefern also hier nicht einfach das afghanische Volk, sondern auch fremde Interessen (z.B. die Pakistans, das wiederum faktisch mit China verbündet ist) sich durchsetzen konnten, müsste geklärt werden. Wenn dem aber so ist und das afghanische Volk als solches gar nicht das Subjekt in diesem Krieg war (jedenfalls nicht als autonomes, für seine eigenen Interessen organisiert kämpfendes Subjekt), dann ist es zumindest irreführend, von einem „Sieg für das gesamte afghanische Volk“ zu sprechen.

Zunehmende Weltkriegsgefahr

Möglicherweise bietet eine „multipolare Weltordnung“ zwar neue taktische Spielräume, die von revolutionären Bewegungen und Regierungen mit dem Ziel des Aufbaus des Sozialismus genutzt werden könnten. So dürfte z.B. die zumindest teilweise Erhaltung der territorialen Integrität und Souveränität Syriens für das syrische Volk die bei weitem bessere Option sein im Vergleich zu einem Versinken des Landes in jahrzehntelangen Bürgerkriegen und ethnischen und religiösen Konflikten, wie sie die USA gezielt geschürt haben.

Eine solche Weltordnung ist aber gleichzeitig unter imperialistischen Bedingungen auch weitaus gefährlicher, was die Gefahr einer globalen Konfrontation mit enormem Vernichtungspotenzial angeht und füttert zudem in gewaltigem Ausmaß im Volk und in der kommunistischen Bewegung Illusionen in sehr problematische Irrwege – v.a. die Vorstellung, wonach die Parteinahme für ein konkurrierendes imperialistisches Zentrum in einem globalen Konflikt eine positive Perspektive für die Arbeiterklasse bieten könnte. Solchen Irrwegen, die insbesondere durch den in den letzten Jahren massiv verstärkte unkritische China-Verehrung innerhalb des opportunistischen Flügels der kommunistischen Bewegung aufwind erhalten, müssen wir deutlich entgegenreten und dürfen ihnen nicht durch uneindeutige Formulierungen oder indem man diese Frage auslässt, Vorschub leisten.

Unabhängig davon, ob es für das afghanische Volk ein Fortschritt ist, wenn die Besatzungstruppen verschwinden, sollten wir also in einer umfassenderen Perspektive auch berücksichtigen, welche allgemeinen Entwicklungstendenzen sich in der Niederlage der USA ausdrücken. Afghanistan ist jetzt keine US-Marionette mehr und sicherlich politisch unabhängiger als zuvor, allerdings werden Pakistan und China nun vermutlich mehr zu sagen haben. Die USA hingegen haben ihre Stellung als Folge ihrer militärischen Niederlage sicherlich auch bewusst kalkulierend aufgegeben, um die entsprechenden Ressourcen strategisch rationaler in die Mobilisierung gegen China zu investieren. Ganz grob heißt das: Weniger Geld für Bodentruppen, Infanterievehikel und Luftangriffe in Afghanistan – mehr Geld für Fregatten, U-Boote und Kampfflugzeuge der neuesten Generation, um einen zukünftigen Krieg um Taiwan oder das Südchinesische Meer zu führen. Man kann also gewissermaßen die Frage stellen, ob die Option einer relativen Befriedung Afghanistans nicht vielleicht durch einen weiteren Anstieg der Weltkriegsgefahr zwischen

der NATO, China und Russland erkaufte wurde. Die zwischenimperialistische Konfrontation zwischen der NATO, d.h. vor allem den USA und China wird zunehmend zur entscheidenden Konfliktlinie im imperialistischen System. China holt dabei auch militärisch rasant auf, unter anderem weil die USA einen gewaltigen Teil ihres enormen Militärhaushalts in den letzten zwei Jahrzehnten in zwei Kriege gesteckt haben, deren globalpolitischer Nutzen zumindest fragwürdig ist. Die Differenz zwischen dem US-amerikanischen und dem chinesischen Militärhaushalt liegt inzwischen ausschließlich an diesen Kriegen – zieht man sie ab, liegen beide Mächte ungefähr gleichauf. Was bedeutet das? Die VR China konzentriert ihre Ressourcen darauf, ihre Armee, insbesondere ihre Seestreitkräfte zu denen einer Weltmacht auf Augenhöhe mit den USA aufzubauen, während die USA riesige Summen in Kriege „verschwenden“, die unter ganz anderen weltpolitischen Bedingungen beschlossen und begonnen wurden. Der US-amerikanische Vier-Sterne-Admiral James Stavridis hat das so kommentiert: *„China gibt sein Geld sehr klug aus. Es konzentriert sich extrem – nicht nur auf offensive Cyberwaffen, sondern auch auf seine Operationen im Weltraum, seine Hyperschall-Marschflugkörper und seine Tarnkappentechnologien. China hat zugehört, wie die Vereinigten Staaten Billionen von Dollar ausgaben, sich in zwei teure Kriege im Irak und in Afghanistan verstrickten, und sagte: „Wir brauchen das alles nicht. Wir werden uns nicht an solchen Kriegen beteiligen. Wir werden unsere Ausgaben sehr intelligent einsetzen.“*[5]. Wir sollten uns vermutlich nicht darüber freuen, wenn die USA nun beginnen, zunehmend ihre Ausgaben ebenfalls „intelligenter“, d.h. mehr an den Schwerpunkt ihrer globalen Strategie angepasst einzusetzen.

Eine „multipolare“ imperialistische Weltordnung ist nicht per se „fortschrittlicher“ oder „besser“ für die Arbeiterklasse als eine „unipolare“ es ist. Die TKP hält dazu fest: *„Aus den Positionen in der imperialistischen Hierarchie lassen sich keine direkten Rückschlüsse auf die historischen Rollen der Länder ableiten. Die Tatsache, dass die Länder, die nicht an der Spitze der Hierarchie stehen, begrenzte Auswirkungen auf das System im Allgemeinen haben, macht ihre internationalen Aktionen nicht fortschrittlich“*; und: *„Die Existenz bestimmter Länder, die die imperia-*

listische Hierarchie herausfordern und Störungen im System erzeugen, führt nicht in allen Fällen zu günstigen Konsequenzen für den Kampf der Arbeiterklasse. Der kapitalistische Charakter dieser Länder, die im Rahmen des Systems handeln, sollte niemals vergessen werden.“[6].

Da allerdings solche Illusionen in der kommunistischen Weltbewegung verbreitet sind, ist es wichtig, jederzeit diese Differenzierung vorzunehmen und entsprechende Missverständnisse (auch präventiv) auszuräumen. Auch die Gefährlichkeit der neuen „multipolaren“ Konstellation sollte man als Teil seiner Analyse benennen und sich entsprechend vorsichtig dazu positionieren, statt wegen des Truppenabzugs die (rhetorischen) Sektkorken knallen zu lassen.

Anmerkungen:

[1] Maoistische Kräfte wie z.B. die Naxaliten in Indien charakterisieren selbst ein starkes kapitalistisches Land wie Indien als vollkommen vom Imperialismus abhängig.

[2] Eine Metapher, die von der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) in verschiedenen Publikationen verwendet wird.

[3] TKP 2017: Thesen zum Imperialismus entlang der Achse von Russland und China, These 18.

[4] PCP Programme and Constitution, S. 11.

[5] „We need to avoid stumbling into a major war“, Interview von Bernhard Zand mit James Stavridis, Spiegel 6.5.2021.

[6] TKP 2017, Thesen 13 und 16.

Kasachstan

Vorbemerkung der Redaktion:

Die Ereignisse in Kasachstan besitzen eine hohe Dynamik. Unsere Zeitschrift hat von der Fertigstellung der Druckvorlage bis zur Ankunft in den Briefkästen unserer Abonnentinnen und Abonnenten einen Vorlauf von rund 14 Tagen, denn vor allem der Druck benötigt stets einige Zeit, aber auch der Vertrieb (Postvertriebsstück second day), alles andere wäre finanziell nicht machbar. Deshalb kann es sein, dass die hier publizierten Einschätzungen zu dem Zeitpunkt, an dem Ihr dieses Heft in den Händen haltet, vielleicht nicht ganz überholt sind, jedoch einer Korrektur bedürften. Wir haben uns trotzdem dazu entschieden, sie hier abzdrukken, weil wir es für wichtig halten, die unterschiedlichen Pole der Debatte zu beleuchten, ohne dabei in Äquidistanz zu verfallen.

Erklärung des ZK der KPRF: Die Stimme der arbeitenden Menschen in Kasachstan muss trotz der Provokateure gehört werden!

(Die Übersetzung von DeepL wurde von uns sprachlich leicht überarbeitet und der Text leicht gekürzt. Redaktion offen-siv)

Kasachstan durchlebt schwierige Tage. Die seit langem aufgestaute Unzufriedenheit der Bevölkerung hat sich in gewalttätigen Ausbrüchen von Massenverärgerung und Protesten entladen.

Jede umfassende Bewegung enthält verschiedene Komponenten. Die Ereignisse in Kasachstan haben soziale Unzufriedenheit, eine "fünfte Kolonne" und terroristische Gruppen auf den Plan gerufen. Gleichzeitig umfasst die "fünfte Kolonne" hier Extremisten, die sich dem radikalen Islamismus verschrieben haben. Und zahlreiche vom Westen angestiftete NGOs. Und einzelne Sicherheitsbeamte, die in den unruhigen Gewässern der Instabilität nach Profit streben. Und oligarchische Clans, die bereit sind, Massenproteste für eine Neuverteilung der Macht zu nutzen. (...)

Bei einer genauen und umfassenden Analyse der Ereignisse müssen viele Dinge berücksichtigt werden. Es ist klar, dass die Situation in Kasachstan eine direkte Folge der Tragödie ist, die uns alle vor dreißig Jahren ereilt hat. Die Zerstörung der UdSSR, die Ablehnung des sozialistischen Systems und der Sowjetmacht, legte zahlreiche Minen unter die neuen "unabhängigen und demokratischen" Staaten. Der primitive Kapitalismus, in den die postsowjetischen Republiken hineingeworfen wurden, verdammt die Arbeitnehmer unweigerlich zu Verarmung und Entrechtung und schuf eklatante Ungleichheiten. Gleichzeitig waren unsere Völker extrem anfällig für Bedrohungen von außen.

Entgegen den Versprechungen der liberalen Whigs sind die neuen Staaten keine vollwertigen Mitglieder der "zivilisierten Welt" geworden. Das globale Kapital hat sie auf die Rolle von Anhängseln und Märkten für Waren, Quellen billiger Arbeitskräfte und Spielfiguren in den geopolitischen Abenteuern der imperialistischen Mächte vorbereitet.

Auch Kasachstan hat einen wackeligen Weg hinter sich. Die fortgeschrittenen Produktionszweige gingen im Strudel der Privatisierung unter. Der Rohstoffsektor wurde an ausländisches Kapital vergeben. Die Konzerne Chevron und Exxon Mobil (USA), Total (Frankreich), Royal Dutch Shell (Großbritannien und die Niederlande) fassten im Öl- und Gassektor Fuß. Arcelor Mittal, ein multinationaler Konzern, wurde der neue Eigentümer der Stahlindustrie.

Auch die junge Bourgeoisie Kasachstans profitierte von der Ausbeutung der Arbeits- und Rohstoffressourcen der Republik in enger Verbindung mit dem ausländischen Kapital. Sowohl in Russland als auch in der Ukraine hat sie im Prozess der "ursprünglichen Kapitalakkumulation" nichts verschmäht. Viele der reichsten Menschen sind im Grunde genommen mit der Macht verschmolzen. Wie fast überall im postsowjetischen Raum ist auch in Kasachstan ein oligarchisch-kompradorisches System entstanden, das typisch für den wilden Kapitalismus ist.

Die Ungleichheit in der Republik nahm immer mehr zu. Die Menschen erhielten nur Brosamen aus dem Volkseinkommen. Eigentumsstreitigkeiten und soziale Spannungen nahmen zu. Im Jahr 2011 endete ein monatelanger Streik von Ölarbeitern in Zhanaozen mit Zusammenstößen und dem Tod von 16 Menschen. Mit der Anhebung des Renteneintrittsalters auf 63 Jahre für Män-

ner und Frauen haben die Behörden ihre Haltung gegenüber den Menschen deutlich gemacht.

Die Coronavirus-Pandemie hat den Mythos des "sozialen Friedens" in Kasachstan endgültig erschüttert. Auch die offizielle Armutsquote ist gestiegen. Wenn man den Weltstandard des Mindestbedarfs von 5,5 Dollar pro Tag berücksichtigt, ist jeder siebte Einwohner hier arm.

Erhebungen zufolge ist der Anteil derjenigen, die nicht einmal genug zu essen haben, von 3 auf 13 Prozent gestiegen. Weitere 44 Prozent geben an, dass sie nur genug Geld für Lebensmittel haben. Inzwischen hat sich das Gesamtvermögen der Dollarmilliardäre fast verdoppelt.

In den letzten zwei Jahren gab es eine ununterbrochene Serie von Streiks in Unternehmen in Kasachstan. Die größten Demonstrationen fanden in den westlichen Regionen statt. Als Hauptlieferant der wichtigsten Exportgüter des Landes - Erdöl und Erdgas - sind sie auch führend bei der Ungleichheit im Lande. Tausende von Menschen protestierten gegen Lohnrückstände und Entlassungen und forderten Lohnerhöhungen, während die Preise unaufhaltsam stiegen. Selbst nach offiziellen Angaben lag die Inflation bei Lebensmitteln in zwei Jahren bei 20 Prozent. (...)

In den Schulbüchern lernen junge Kasachen etwas über den "russischen Kolonialismus" und den "blutigen sowjetischen Totalitarismus". Eine Kampagne zur vollständigen Rehabilitierung aller "Opfer von Repressionen", einschließlich derjenigen, die zu Hitler übergelaufen sind, wurde offiziell gestartet. Für Persönlichkeiten wie Mustafa Shokai, der mit den Nazis kollaborierte, wurden Denkmäler errichtet. Straßen und Schulen wurden nach ihnen benannt. Die Behörden spekulierten zunehmend über den "kasachischen Holodomor" und verzerrten dabei die historischen Tatsachen in grober Weise. Regierungsnahe nationalistische Kräfte forderten direkt die Anerkennung der Hungersnot als "Völkermord" und "endgültige Entkommunisierung".

Die letzten Lenin-Denkmäler werden abgerissen, und Straßen, Stadtteile, Dörfer und ganze Städte werden in einer zerstörerischen Hysterie umbenannt. Ende letzten Jahres schwappte eine neue Welle dieser politischen Gemeinheiten durch die Republik. Dutzende von Straßen wurden in Uralsk, Semey (früher Semipalatinsk) und anderen Städten umbenannt. In Karaganda wurde der Oktoberbezirk nach Alikhan Bukeychanow benannt, dem Führer der bürgerli-

chen Alasch-Partei, der mit Koltshak und dem Ataman Dutow im Kampf gegen die Sowjetherrschaft verbündet war. (...)

Eine solche Politik wurde von zahlreichen in der Republik verankerten pro-westlichen NGOs begrüßt. Die Beziehungen zu den USA haben das Niveau einer "erweiterten strategischen Partnerschaft" erreicht. Jedes Jahr finden in der Republik gemeinsame Militärübungen mit der NATO, „Steppenadler“ genannt, statt. Unter Beteiligung der Amerikaner wurden mehrere Biolaboratorien errichtet, deren Forschungen bei einheimischen und ausländischen Experten viele Fragen aufwerfen.

Indem die kasachische Regierung den Nationalisten entgegenkommt, zerstört sie die linke Opposition systematisch. Sowohl die Kommunisten als auch die unabhängigen Gewerkschaften sind unter starken Druck geraten.

Vor diesem Hintergrund kam es zu einer sozialen Explosion im Land. Die starke Verdoppelung des Flüssiggaspreises wurde zu einer direkten Ursache. - Die Kosten für verflüssigtes Erdgas waren stark gestiegen - gleich zweimal! Zuvor hatten die Behörden den Übergang zu "Marktpreisen" und die vollständige Streichung von Subventionen angekündigt. Der Schwerpunkt der Unzufriedenheit lag in Westkasachstan. Zum einen ist Flüssiggas dort besonders weit verbreitet und dient zum Heizen von Wohnungen und zum Betanken von Autos. Zweitens wird der Treibstoff in dieser Region durch die Bemühungen vieler ihrer Bewohner produziert, aber den Menschen wurde gesagt, sie sollen das vergessen und sich dem freien Markt unterwerfen". Und drittens haben die vorangegangenen Krisenwellen den Westen Kasachstans am stärksten getroffen und ihn zu einem Zentrum der Proteste gemacht.

Innerhalb weniger Tage hatte sich die Empörung auf andere Regionen der Republik ausgeweitet. Die Proteste verliefen zunächst friedlich. Die Teilnehmer an den Kundgebungen forderten niedrigere Preise, höhere Löhne und Sozialleistungen und bestanden auf der Rückkehr zum früheren Renteneintrittsalter. Die Arbeiter mehrerer Ölfelder streikten in Solidarität mit den Demonstranten.

Die Situation änderte sich jedoch schnell und geriet außer Kontrolle. Die ersten Terror- und Vandalismusakte fanden in den Städten Zhanaozen und Aktau in der Region Mangistau im Südwesten Kasachstans statt. Die Unruhen eskalierten daraufhin zu gewaltsamen Zusammenstößen in Almaty und anderen

Städten. Insbesondere die Flughäfen Aktobe, Aktau und Almaty waren lahmgelegt. Die Sicherheit des Kosmodroms Baikonur war bedroht. Gruppen bewaffneter Jugendlicher griffen Sicherheitskräfte an, besetzten und zerstörten Gebäude und griffen Ärzte, Feuerwehrleute und Zivilisten an. Eine Welle von Plünderungen schwappte durch die Städte.

Es ist klar, dass die zerstörerischen Aktionen von denen begangen wurden, die nichts mit dem Großteil der Demonstranten zu tun haben. Kriminelle Gruppen nutzen die Volksaufstände in Kasachstan für ihre eigenen Zwecke. Zunächst einmal handelt es sich um radikal-islamistische Zellen. Ihre Aktivität zeigt sich in demonstrativer Brutalität gegen Sicherheitskräfte. Das ging so weit, dass den Männern in Uniform der Kopf abgeschlagen wurde. Auch externe Kräfte sind aktiv geworden. Vor allem in Almaty, das traditionell als eine Bastion des liberalen Einflusses gilt. Hier befinden sich die Büros zahlreicher pro-westlicher NGOs. Kriminelle, die mit nationalistischen Gruppen in Verbindung stehen, sind schließlich gewalttätig geworden. Unterstützt wird dies durch gezielte Angriffe auf Staatsanwaltschaften und Sicherheitsdienste, Brandstiftung, Beschlagnahmung von Waffen, Pogrome in Geschäften und anderen öffentlichen Orten.

Es ist nicht auszuschließen, dass die Aktionen all dieser Kräfte von einem einzigen Zentrum aus koordiniert wurden, das darauf aus war, Kasachstan zu destabilisieren. Die Führung der Republik kann jedoch nicht von der Verantwortung dafür freigesprochen werden, dass Beamte die Aktivitäten prowestlicher Kräfte duldeten und eine versöhnliche Haltung gegenüber den Islamisten einnahmen. Der nationale Sicherheitsausschuss hat zahlreiche Anträge auf ein Verbot des Salafismus (Wahhabismus) abgelehnt. In Saudi-Arabien und anderen arabischen Ländern ausgebildete Prediger waren in Kasachstan tätig. (...)

Der Präsident von Kasachstan hat den Notstand über das Land verhängt und die Regierung entlassen. Angesichts des Ausmaßes der Ereignisse und des Eingreifens externer Kräfte haben sich die Behörden der Republik an Partner gewandt, um Hilfe zu erhalten. Der kollektive Sicherheitsrat der OVKS beschloss, diese Hilfe zur Stabilisierung der Lage in Kasachstan zu leisten.

Nach Ansicht der KPRF ist der Einsatz von OVKS-Friedenstruppen eine erzwungene, aber angemessene und rechtzeitige Maßnahme, um die Flammen einer weiteren "Farbrevolution" zu löschen. Die Kommunistische Partei Russ-

lands verurteilt entschlossen die Aktionen der internationalen Reaktion und der kriminellen Elemente. Wir halten eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kasachstans und Versuche, Zentralasien zu destabilisieren, die eine direkte Bedrohung für unser Land darstellen, für völlig inakzeptabel. (...)

Es wäre ein Fehler, wenn die kasachische Führung den Weg der Verfolgung friedlicher Demonstranten beschreiten und alle als "Terroristen" und "Militante" einstufen würde. Wir sind der Meinung, dass die Regierung unverzüglich in einen Dialog mit den Arbeitern und den maßgeblichen Politikern eintreten sollte. ihre berechtigten Forderungen nach einer Verbesserung der sozioökonomischen Lage unverzüglich zu erfüllen. (...)

Die Zeit ist reif für eine ehrliche Diskussion und die Beseitigung der grundlegenden Ursachen der verhängnisvollen sozialen Kluft nicht nur in Kasachstan, sondern auch in Russland. Denn unser Land hat ein weiteres eindrucksvolles Signal gesetzt, dass die Politik der Spaltung, der Ungleichheit und der Armut den Kelch der Geduld der Menschen unweigerlich zum Überlaufen bringt. Wenn eine Regierung im Interesse der Oligarchen arbeitet und die "Brosamen vom Tisch" der arbeitenden Bevölkerung wegwirft, wird sie unweigerlich für ihre Handlungen zur Verantwortung gezogen. Dann helfen weder harte Repressionen, noch das Übel des Nationalismus, noch die Lügen der Anhänger des Antisowjetismus und der Russophobie weiter.

Die wichtigste Schlussfolgerung aus den Ereignissen in Kasachstan ist, dass die Versuche der nationalen Bourgeoisie, ihre Völker in die Welt des globalen Kapitalismus zu integrieren, sie zu Marionetten der Weltoligarchie machen. Es liegt im ureigenen Interesse der Völker Russlands, Kasachstans und aller anderen Staaten, diese ruinöse Politik aufzugeben. Mehr denn je sind heute unser Programm "Zehn Schritte zu einem menschenwürdigen Leben" und die einzigartigen Erfahrungen der beliebten Unternehmen gefragt. Nicht ausländisches oder "einheimisches" Kapital, sondern die arbeitenden Massen müssen die Herren ihrer Länder werden!

(Übersetzung: Deepl)

Emko: Um was geht es in Kasachstan?

Viele Genossinnen und Genossen stellen infrage, dass die Ereignisse in Kasachstan anderes sein könnten als einer der vielen imperialistischen Versuche,

einmal wieder ein Land unter Kontrolle zu bringen. Kasachstan dazu zu bringen, von Russland Abstand zu nehmen (vornehm ausgedrückt), sei schon eine wichtige Aufgabe des Westens. Das klingt wahrscheinlich. Ich denke nur, an dem Punkt sollten wir genau schauen. Denn auch wir Kommunisten hierzulande sollten nicht zu schnell urteilen, ohne noch weitere Infos zu sammeln.

Russland als auch China stützen den kasachischen Präsidenten Kassym-Jomart Tokajew; Russland und weitere Staaten tun dies militärisch im Rahmen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS). China hingegen bezieht eindeutig Position: es *"betonte Xi Jinping, dass sich China entschieden gegen alle Kräfte wendet, die die Stabilität Kasachstans untergraben und seine Sicherheit bedrohen sowie das friedliche Leben des kasachischen Volkes zerstören. Zudem lehne die Volksrepublik alle externen Kräfte ab, die absichtlich Unruhe stiften und eine 'farbige Revolution' in Kasachstan inszenieren wollten."* (http://german.china.org.cn/txt/2022-01/08/content_77977364.htm) Xi Jinping macht sich damit die öffentliche Einschätzung des kasachischen Präsidenten zu eigen, der - wohlgemerkt! - das Verbot der kasachischen KP aufrecht erhalten hat und der in der Krise eben jenen Angriff durch Terroristen von außen beklagt. Und - s.o. - Xi wendet sich gegen alle Kräfte(!), die die Stabilität Kasachstans untergraben.

Ich denke, es ist klar, dass sowohl das von der NATO stark im Schussfeld stehende Russland (das Ruhe in seinen Nachbarländern benötigt) als auch China, das ja durch die Seidenstraße in Kasachstan wirtschaftlich stark involviert ist (es werden gar ganze Grenzstädte neu erbaut: (<https://en.wikipedia.org/wiki/Nurkent>)), eigene starke Interessen haben.

Und beide Staaten widersprechen nicht (!) einer Regierung Kasachstans, welche die Arbeiterklasse des Landes am Boden zu halten versucht.

Aynur Kurmanov, Ko-Vorsitzender der Sozialistischen Bewegung Kasachstans (SMK), hat zu dem Konflikt auf dem Youtube-Kanal der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei (RCWP) ein aufschlussreiches Interview gegeben:

Veröffentlichung der Partei der Arbeit Österreichs: Kasachstan: Keine Farbenrevolution

8. Jänner 2022

Die anhaltenden Mobilisierungen in Kasachstan stellen keine Farbenrevolution oder weiteren Maidan dar, sagt Aynur Kurmanov, Ko-Vorsitzender der Sozialistischen Bewegung Kasachstans (SMK). Von internationalen kommunistischen Parteien wird Solidarität zum Ausdruck gebracht, auch die Partei der Arbeit Österreichs (PdA) solidarisiert sich.

Seit dieser Woche (gemeint ist die erste Januarwoche; d.Red.) kommt es in Kasachstan zu Mobilisierungen gegen die Herrschenden und ihr System – wir berichteten hierzu ausführlich. Es gibt internationale Spekulationen zum Charakter der Mobilisierungen. Der Ko-Vorsitzende der illegalisierten Sozialistischen Bewegung Kasachstans gab seine Einschätzung zum Charakter der Massenmobilisierungen ab.

In einer Rede auf dem YouTube-Kanal der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei (RCWP) machte Kurmanov laut „In Defense of Communism“ einige interessante Bemerkungen zur Situation in Kasachstan. *„Der Hauptteil der heutigen Demonstranten in Kasachstan besteht hauptsächlich aus Arbeitern in den Sektoren Erdöl/Erdgas, Metallurgie und Bergbau sowie aus arbeitslosen Jugendlichen“*, so Kurmanov. Er betonte außerdem, dass der Ausgangspunkt der Demonstrationen die Streiks der Industriearbeiter waren.

Die Fabriken, in denen die Streiks begannen, so Kurmanov, befinden sich überwiegend im Besitz des US-amerikanischen und britischen Kapitals. *„Die Fabriken, in denen die Streiks begannen, sind Fabriken kasachischer Oligarchen und westlicher Partner, angeführt von der Familie Nasarbajew“*, fügte er hinzu.

Der Ko-Vorsitzende der illegalisierten SMK betonte, dass die Volksproteste in dem zentralasiatischen Land keine Ähnlichkeit mit der liberalfaschistischen Bewegung in der Ukraine hätten, weder in sozialer Hinsicht noch in Bezug auf die Forderungen. *„Die Forderungen sind rein sozioökonomischer Natur... Die ersten waren Forderungen nach niedrigeren Ölpreisen, Lohnerhöhungen und der offiziellen Anerkennung der Gewerkschaften“*, so Kurmanov.

Aynur Kurmanov räumt im Rahmen des YouTube-Gesprächs ein, dass westliche Geheimdienste ein Interesse daran hätten, den Volksaufstand an sich zu reißen, erklärt aber, dass *„hier eine Farbenrevolution zu sehen nichts weiter als eine Verschwörungstheorie ist“*.

In einem weiteren Interview, das in „Zanovo media“ veröffentlicht wurde, widerlegt Kurmanov die Verschwörungstheoretiker, die von einer gut organisierten „Farbenrevolution“ sprechen, und betont, dass die Arbeitermobilisierungen in Zhanozen und Aktau die Lunte für eine spontane Welle von Massenprotesten waren:

„Dies ist kein Maidan, auch wenn viele politische Analysten versuchen, es so darzustellen. Woher kommt diese erstaunliche Selbstorganisation? Das ist die Erfahrung und Tradition der Arbeiter. Seit 2008 wird die Region Mangistau von Streiks erschüttert, und die Streikbewegung begann bereits in den 2000er Jahren. Auch ohne jeglichen Beitrag der Kommunistischen Partei oder anderer linker Gruppen gab es ständig Forderungen nach einer Verstaatlichung der Ölgesellschaften. Die Arbeiter haben einfach mit eigenen Augen gesehen, wohin Privatisierung und ausländische kapitalistische Übernahme führen. Im Laufe dieser früheren Demonstrationen haben sie enorme Erfahrungen im Kampf und in der Solidarität gesammelt“.

Internationale Kommunistische Parteien solidarisieren sich mit der Mobilisierung

Unmittelbar nach Beginn der Mobilisierungen in Kasachstan gingen Kommunistische Parteien in der Tradition der internationalen Solidarität an die Öffentlichkeit. Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) begrüßt in ihrer Erklärung *„die groß angelegten Arbeiterstreiks und Volksdemonstrationen in Kasachstan gegen hohe Preise, Arbeitslosigkeit, Armut, Elend und andere große soziale Probleme, zu denen das kapitalistische System 30 Jahre nach dem konterrevolutionären Umsturz und der Auflösung der UdSSR Millionen von Menschen geführt hat.“*

Die Kommunistische Partei Mexikos bekundet ebenfalls ihre Solidarität mit der Arbeiterklasse und dem Volk von Kasachstan in ihrem gerechten Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung sowie gegen das drückende Elend. Sie verurteilt die repressiven Maßnahmen der Regierung und fordert die sofortige Freilassung aller Verhafteten.

Auch die Partei der Arbeit Österreichs (PdA) solidarisierte sich in einer Erklärung mit den Volks- und Arbeiterprotesten in Kasachstan. Hierin hält die PdA unter anderem fest: *„Der Widerstand, der sich nun offensiv Bahn bricht, ist legitim und notwendig. Die Partei der Arbeit Österreichs erklärt ihre Solida-*

rität mit dem kasachischen Volk und der Arbeiterklasse sowie deren illegalierten Organisationen und Parteien. Der Klassenkampf gegen das politisch-ökonomische System, die nationale Oligarchie und ihre imperialistischen Verbündeten findet unsere internationalistische und solidarische Unterstützung.“

Quellen: In Defense of Communism/Zeitung der Arbeit/Solidnet/Partei der Arbeit

Zu den Wahlen in Chile

ZK der KPD: Präsidentschaftswahlen in Chile

Als in Chile das Ergebnis der Präsidentschaftswahl verkündet wurde, war da zwischen Freude bei den einen und Enttäuschung bei den anderen auch ein weiteres Gefühl: Erleichterung.

Das linke Parteibündnis Frente Amplio (deutsch: Breite Front), das 2017 gegründet wurde und zu dem auch die Kommunistische Partei Chile gehört, stellt in Chile ab März 2022 den neuen Präsidenten. Dieses Bündnis ist Teil der 2021 gegründeten Koalition Apruebo Dignidad (deutsch: Ich stimme der Würde zu). Sie fordert z.B. mehr Staat und Sozialstaat, ein besseres öffentliches Gesundheitssystem und Bildungswesen, Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr, höhere Renten und mehr.

Als Ziele dieser Koalition werden formuliert:

- Schaffung von Grundlagen für eine Demokratie die vom Volke ausgeht
- Garantie eines menschenwürdigen Lebens durch den Sozialstaat (also eines bürgerlichen demokratischer Staates, der bestrebt ist, die wirtschaftliche Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten und soziale Gegensätze innerhalb der Gesellschaft auszugleichen, (allgemeine Ziele der Linken)
- eine feministische Verfassung
- ein neues Wirtschaftsmodell zu etablieren, das über den Neoliberalismus hinausgeht.

- Menschenrechte als Grundlage der Institutionalisierung

Der erste Wahlgang zur Präsidentenwahl fand am 21. November 2021 statt. Bei der Stichwahl am 19. Dezember 2021 gewann der ehemalige Studentenfürher Gabriel Boric mit knapp 56% der Stimmen (Wahlbeteiligung 55%).

Gleichzeitig wurden auch 27 der 50 Mitglieder des chilenischen Senats sowie alle 155 Mitglieder der Abgeordnetenversammlung neu gewählt. Gabriel Boric konnte sich gegen den überraschend in die zweite Wahlrunde eingezogenen José Antonio Kast der rechtskonservativen Republikanischen Partei durchsetzen.

Das Wahlergebnis ist der größte Sieg der Linken seit der Regierung von Salvador Allende. Mit 35 Jahren wird Gabriel Boric der jüngste Präsident in der Geschichte Chiles.

Er versicherte auf seiner ersten öffentlichen Rede nach der Wahl, er wolle die im Wahlkampf offen zutage getretenen Gräben zwischen rechts und links überbrücken. "Ich werde der Präsident aller Chileninnen und Chilenen sein." rief er den Demonstranten zu. Mit der Erarbeitung einer neuen Verfassung, an der auch die Kommunistische Partei Chile teilnimmt, wurde begonnen.

César Bunker Bustos (Kommunistische Partei) betonte, dass sie den Kampf gemeinsam mit den sozialen Bewegungen aufrechterhalten wollen. Bisher gilt immer noch dieselbe Verfassung, die unter dem Diktator Augusto Pinochet in Kraft getreten war. Auf Grundlage dieser Verfassung gilt Chile als eines der neoliberalsten Länder der Welt. Alles in Chile ist privatisiert: Wasserreservoirs, Ackerflächen, Gesundheit, Bildung, Renten. Chile ist außerdem das OECD-Land mit der höchsten Ungleichheit bei der Einkommensverteilung.

Etwa 500 Haushalte oder 0,01 Prozent der Bevölkerung nehmen ca. zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein. Diese kleine Elite verfügt über großen politischen Einfluss und besitzt die größten Medien – Fernsehsender, Zeitungen, Rundfunk – des Landes. Sie setzt weiter auf die Unterdrückung und Zerschlagung der linken Koalition. Diese Elite will ihre Privilegien bewahren.

Die Auseinandersetzungen um die politische Zukunft und Gestaltung Chiles sind noch lange nicht beendet. Da kommt der Putsch 1973 gegen die sozialistische Regierung von Salvador Allende ins Gedächtnis zurück.

Auf lokaler Ebene haben linke Kräfte schon mit der Umgestaltung begonnen. In mehreren wichtigen Gemeinden übernahmen linke Bürgermeister das Amt. Sie alle traten mit einem Programm an, das insbesondere die Immobilienunternehmen in die Schranken weisen will.

In Santiago gewann die Kommunistin Irací Hassler knapp gegen ihren rechten Kontrahenten Felipe Alessandri. Damit regiert erstmals eine Kommunistin im politischen Zentrum des Landes.

In der Region von Valparaíso gewann der Umweltaktivist Rodrigo Mundaca in der ersten Runde mit 43,7 Prozent die Gouverneurswahlen. Er ist durch seine Aktivitäten gegen die Wasserprivatisierung und die Großgrundbesitzer von Avocadoplantagen hervorgetreten. Sein Sieg ist eine Kampfansage an die sogenannten Avocadobarone, die an den Hängen der Voranden sich ganze Gemeinde angeeignet und die lokale Politik geschmiert haben.

Die linken Kräfte in Chile haben gemeinsam mit der Mehrheit des Volkes einen wichtigen Sieg errungen, den sie verteidigen müssen, um die Geschehnisse von 1973 nicht noch einmal zu erleben. Die Lösung der Grundfrage: Wem gehören die Produktionsmittel und wie kann der Kapitalismus abgelöst werden, wurde noch nicht in Angriff genommen. Die Kommunistische Partei Chile muss dabei die führende Kraft werden.

Zentralkomitee der KPD

Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR): Angebots der Wahl von Gabriel Boric

Gestern⁵ wurde ein pinochetistischer Kandidat bei den Wahlen besiegt. Die Menschen gingen zufrieden auf die Straße, nicht weil Gabriel Boric gewählt wurde, sondern weil der Faschismus endlich besiegt werden konnte. Die Revolutionäre Linke Bewegung MIR möchte mit ihrer Meinung zu der notwendigen politischen Diskussion über die Bedeutung dieser Wahl beitragen.

Der Nazi Kast hat es den Rechten ermöglicht, sich erneut um den Pinochetismus zu gruppieren.

⁵ Der Text wurde am 20. Dezember 2021 veröffentlicht

Der gewählte Präsident hat bereits seine Botschaft der Einheit auch mit dem Pinochetismus verkündet.

Die Kommunistische Partei Chiles wird in dieser Regierung keine große Rolle spielen. Boric hat sich bereits über ihren wichtigsten Kandidaten, Daniel Jadue, lustig gemacht, der nicht einmal in Erscheinung getreten ist. Er nannte die PC nicht als eine der Parteien, die ihn unterstützt haben. Aber wie nicht anders zu erwarten, ist die chilenische PC mit dieser Position nicht unzufrieden, wenn es ihr gelingt, mehrere Posten in der Zentralregierung und in den Regionen zu erhalten.

Das Parlament ist zwischen der neoliberalen reformistischen Linken und dem Pinochetismus gespalten. Das bedeutet, dass es wieder mit der alten "Politik der Vereinbarungen" der Concertación regieren wird. Daher wird es keine Möglichkeit für tiefgreifende Veränderungen geben.

Die drastischen Meinungsänderungen während dieses Prozesses, die mit fast messianischen Hoffnungen einhergehen, zeigen uns, dass die politische Bildung unbedingt verbessert werden muss. Der soziale Aufstand war in diesem Sinne kein Beschleuniger für das Klassenbewusstsein und den Klassenkampf.

Aus all diesen Gründen versteht sich die Revolutionäre Linke Bewegung MIR eindeutig als LINKE OPPOSITION zu dieser neoliberalen Regierung.

Gleichzeitig ruft die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) zur Einheit der revolutionären Linken auf, die außerhalb des Parlaments und in kleinen Kollektiven agieren, und ist stärker auf die Erreichung von mehr Militanz als auf ein einheitliches sozialistisches politisches Projekt ausgerichtet.

Pueblo, Conciencia y Fusil!

MIR!

Movimiento de Izquierda Revolucionaria MIR

Dirección en Resistencia

Santiago, 20 de diciembre de 2021

***Maela-Chile*⁶: Die erste Arbeitsstelle des gewählten chilenischen Präsidenten**

Im Alter von 36 Jahren wird GABRIEL BORIC FONT seine erste Arbeitsstelle antreten: das Amt des Präsidenten der Republik Chile. Denn Gabriel Boric, Sohn einer Familie der chilenischen Industriebourgeoisie, hat noch nie gearbeitet.

Gabriel Boric hat noch nie ein Samenkorn gepflanzt, den Boden gepflügt, ist nie auf die Fischjagd gegangen, um sich zu ernähren, und hat nie einen Zielstein gesetzt. Er hat nie die Früchte der bäuerlichen Arbeit geerntet oder ein Gramm Erz abgebaut. Er hat niemals 12 Stunden vor dem Bildschirm eines Callcenters gegessen oder Essen auf einem Fahrrad ausgeliefert, mit dem er durch den Regen gefahren ist.

Er weiß nicht, wie es ist, stundenlang auf ärztliche Hilfe für ein krankes Kind zu warten, denn er hat auch keine Kinder, und er hat auch nicht in einer ärmlichen Schule ohne Toiletten, ohne Dach und mit Wasser bis zu den Knien gelernt, wo man erst nach einem kilometerlangen Fußmarsch ankommt.

Gabriel Boric hat noch nie in einer Stadt gelebt, in der Drogenhandel und Armut herrschen; er musste sich noch nie mit Zecken herumschlagen, um einschlafen oder aus dem Bett aufstehen zu können, das er nur drei oder vier Stunden lang benutzte, weil er wieder zur Arbeit musste.

Gabriel Boric übt seinen Beruf auch deshalb nicht aus, weil er keinen hat. Er hat sein Studium abgebrochen, um Politiker zu werden, denn davon hat er immer gelebt: von der Arbeit der anderen, wie der Rest der chilenischen politischen Klasse und wie der Rest seiner Koalitionskollegen, die sich jedoch "links" nennen, jene "Linke", die den Kapitalismus "humanisieren" will.

Gabriel Boric ist ein würdiger Vertreter der Generation "Delivery", die die "Concertación de Partidos por la Democracia" ins Leben gerufen hat. Eine

⁶ Maela ist eine soziale, pluralistische, demokratische und multikulturelle Bewegung, deren zentrales Ziel die Verteidigung der bäuerlichen agroökologischen Landwirtschaft ist.

Generation, die nur das hat, was sie hat, weil es jemand anderes für sie getan hat.

Gabriel Boric wurde in einem betrügerischen Verfahren zum Präsidenten gewählt, das 2017 begann, als die diskreditierten politischen Parteien (alle, einschließlich seiner eigenen, Convergencia Social) nicht in der Lage waren, die erforderlichen Unterschriften zu sammeln, um sich wieder zu legalisieren und an den Parlamentswahlen 2018 teilzunehmen.

Um diese Wahlen zu ermöglichen, durften sich alle Parteien (auch die seine) neu legitimieren ("reficharse"), indem sie Fotokopien der Personalausweise ihrer angeblichen Anhänger an den staatlichen Wahldienst (SERVEL) schickten, der die Wahlen in Chile regelt und überwacht.

Ohne diese falsche Neulegitimation wäre keiner der heutigen Parlamentarier ein Parlamentarier. Genauso wenig wie Gabriel Boric, wiedergewählter Abgeordneter der "Frente Amplio"-Koalition in einer Wahl, die vom selben SERVEL kontrolliert wurde, d.h. von der staatlichen Behörde, die den Betrug zuließ... die ihn später bestätigte... und die ihn später "überwachte"...

Bei der sogenannten "Sozialen Revolte" ab Oktober 2019 ging das chilenische Volk auf die Straße, um eine VERFASSUNGSVERSAMMLUNG und den RÜCKTRITT von Präsident Piñera zu fordern, mit dem Slogan "NO SON 30 PESOS... SON 30 AÑOS". Dies ist eine Anspielung auf die Dauer des berüchtigten neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftsmodells. („No son 30 pesos... son 30 años“ steht kurz für: „Es geht nicht um 30 Pesos Preiserhöhung in der Metro, sondern um 30 Jahre ‚Neoliberalismus‘.“) Da konnte kein Parlamentarier auf die Straße gehen. Auch Gabriel Boric konnte nicht.

Denn Gabriel Boric war Teil dieser "30 Jahre", die einen sozialen Ausbruch verursachten, den er dann zu seinem eigenen Vorteil nutzte, wie er es immer getan hat.

Gabriel Boric war der Star eines Abkommens zwischen der diskreditierten Regierung und der gesamten politischen Klasse der „Neuregistrierung“, um die Regierung und die politische Klasse zu retten und vor allem, um das Wirtschaftsmodell zu retten.

Das Abkommen (von der chilenischen Bevölkerung "La Cocina" genannt) sah eine Reihe von Wahlen vor, um die Regierung zu relegitimieren und die da-

mals tote und begrabene politische Klasse wieder auferstehen zu lassen, um ihre Absetzung zu verhindern und um insbesondere eine verfassungsgebende Versammlung zu vermeiden, die die Absetzung der Regierung und des Parlaments und den wahrscheinlichen Untergang des neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftsmodells bedeutet hätte.

Aus "La Cocina", die nur drei Wochen nach Beginn des sozialen Ausbruchs und noch während seiner Entwicklung stattfand, ging eine VERFASSUNGS-KONVENTION als Alternative zur Ausarbeitung einer "neuen Verfassung" hervor, die den Schlussstein eines vor vier Jahren begonnenen Betrugs darstellt.

Alle Medien wurden von dem betreffenden Präsidenten in den Regierungspalast einbestellt, um sich auf die Propaganda des "verfassungsgebenden" Prozesses einzustellen. Gleichzeitig verschwand die journalistische Berichterstattung über die sozialen Mobilisierungen aus den traditionellen Medien.

Obwohl nur EIN DRITTEL der chilenischen Wählerschaft einem solchen "verfassungsgebenden Prozess" in einem Plebiszit mit 50 % Stimmenthaltung "zugestimmt" hat, sind in der zu schreibenden Verfassung bereits mindestens 100 Artikel enthalten, bevor sie ausgearbeitet ist: Es handelt sich um die von Chile unterzeichneten Handelsabkommen, die durch ein Sondergesetz (Gesetz 21.200) geschützt wurden, damit sie nicht angetastet werden.

In Chile haben Handelsabkommen bis heute und für immer Verfassungsrang, und die verfassungsgebende Versammlung kann sie nicht antasten. Sie kann auch nicht das Modell antasten. Pinochets Verfassung, die ausgearbeitet wurde, um das neoliberale kapitalistische Wirtschaftsmodell zu schützen, wurde wiederum durch den "verfassungsgebenden Prozess" geschützt, der aus "La Cocina" entstanden ist.

Nach "La Cocina" und der Unterstützung von Gesetzen, die die Unterdrückung des mobilisierten chilenischen Volkes verfestigten, konnte Gabriel Boric nie wieder auf die Straße gehen, wo er von den Leuten angegriffen wurde, die noch während des Ablaufs des sozialen Ausbruchs kämpften. Auch in einem Gefängnis in Santiago de Chile wurde er angegriffen, als er ohne Vorwarnung "die politischen Gefangenen der Revolte" besuchte, die sich damit für seine Unterstützung der Repressionen revanchierten.

Die gesamte "Frente Amplio"-Koalition, der Gabriel Boric angehört, unterstützte die repressiven Gesetze, und alle Unterzeichner wurden bei den Parlamentswahlen, die parallel zu den jüngsten Präsidentschaftswahlen stattfanden, "wiedergewählt"... ALLE von ihnen.

Nur drei Tage vor Ablauf der Frist gelang es Gabriel Boric, die erforderlichen Unterschriften zu sammeln, um im Mai 2021 als Präsidentschaftskandidat anzutreten. Die Unterschriften wurden beglaubigt... wiederum durch SERVEL.

Das heißt, nur 6 Monate vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen, in der er 1,8 MILLIONEN STIMMEN erhielt, war er kurz davor, die 34 Tausend Unterschriften nicht zu sammeln, die er brauchte, um Kandidat zu werden... In nur 6 Monaten hat er die Zahl seiner Anhänger versechzigfacht.

Gabriel Boric unterlag in der ersten Runde der jüngsten Präsidentschaftswahlen dem Kandidaten der extremen Rechten, deren Partei einen symbolischen Namen trägt: Republikanische Partei.

Der Kandidat José Antonio Kast besiegte ihn in der ersten Runde bei einer Wahlenthaltung von 55%: 8 Millionen Chilenen von 15 Millionen Wählern haben nicht gewählt.

In der zweiten Runde besiegte Gabriel Boric den ultrarechten Kandidaten nach einer für die politische Rechte der Welt typischen Schreckenskampagne, in der er von seinem Propagandateam zum "kleineren Übel" hochstilisiert wurde. Und die Verfechter jener "30 Jahre" Neoliberalismus, die in der "Sozialen Revolte" angeprangert wurden, machten ihn zu ihrem Kandidaten.

Das Einzige, was dem "republikanischen" Abgeordneten nicht in Frage gestellt wurde, war sein Festhalten am neoliberalen Kapitalismus. Denn das ist das Modell, das auch Gabriel Boric verteidigt; das Modell, das eine "nachhaltige" Lachszeit und einen "nachhaltigen Bergbau" hervorbringt, vielleicht sogar eine "nachhaltige" Nuklearenergie. Und so bestand die Wahl zwischen einem "größeren Übel" und einem "geringeren Übel".

Mit der Wahlkampagne zur Verhinderung der Einsetzung des Vierten Reiches in Chile (Kast) stieg die Wahlbeteiligung um knapp EINE MILLION WÄHLER. Die Stimmenthaltung erreichte "nur" 45%.... SIEBEN MILLIONEN CHILENEN zogen es vor, auf ihr Recht zu verzichten, zwischen Kapitalismus

und Kapitalismus, zwischen "Demokraten" und "Republikanern" zu wählen ... Zwischen dem "kleineren Übel" und "dem größeren Übel"...

Die Propaganda der Neuen Weltordnung der Banker, die den Bukele, den Fujimori und den Lenin Moreno braucht, hat IMMER falsche Erwartungen an Chile geweckt. Und dieses Mal war es keine Ausnahme.

GABRIEL BORIC FONT hat nicht nur nie gearbeitet und weiß nicht, was es in der anderen Welt gibt, die er immer ausgenutzt hat, sondern er hat sie auch nie gekannt. Er wurde gewählt trotz der unrechtmäßigen Neuregistrierungen, trotz der repressiven Gesetze, die er während der sozialen Unruhen unterstützte, trotz La Cocina ... und trotz der Anschuldigung wegen sexueller Belästigung gegen ihn, die immer noch besteht.

Er ist der Ersatz für Ricardo Lagos und Michelle Bachelet, den die Banker brauchen, um die Kontinuität der Ausplünderung des chilenischen Territoriums und des Seegebiets zu garantieren, denn obwohl er nicht weiß, was hinter seinen Privilegien und Vergünstigungen steckt, hat Gabriel Boric die NGOs und "Stiftungen", die ihn informieren; er hat die Presse der Banker und die Banker selbst.

Ihm kommt das funktionale Analphabetentum zugute, das 80 % der Chilenen zu schaffen macht, so dass sie nicht zwischen einer Führungspersönlichkeit und einem Produkt der Werbung unterscheiden können.

Die Ernährungssouveränität und die zunehmende Kontrolle der Lebensmittel durch die Großkonzerne unter der Leitung und Schirmherrschaft der FAO waren in den Wahlkämpfen der sieben Kandidaten, die in der ersten Präsidentschaftsrunde antraten, nie ein Thema. Sie sind auch kein Thema für den Verfassungsgebenden Konvent.

Die Organisationen, die mit dem Meer verbunden sind und zum Beispiel MAELA Chile angehören, hatten nur die Möglichkeit, vor diesem Konvent einen VORSCHLAG zu machen, um zehn Minuten lang über die Zerstörung des chilenischen Meeres und der darin enthaltenen Ressourcen zu berichten. Es blieb keine Zeit mehr, den Grundstein für die Ernährungssouveränität Chiles zu legen, und man musste sich dem Wettbewerb stellen, um dies zu tun.

Wie alles andere wird auch das, was der Existenz von MAELA zugrunde liegt, in Chile eine offene Angelegenheit bleiben, um die sich nur ein Volk

kümmern kann, das mit dem Entschluss erwacht, für sein eigenes Schicksal verantwortlich zu sein und es selbst in die Hand zu nehmen, um zu dem "mächtigen Feind" zu werden, den die Verkäufer von Illusionen und die Verfechter von Hunger und Ungerechtigkeit so sehr fürchten.

Ein "mächtiger Feind", den die "kleineren Übel", die das System von Zeit zu Zeit schafft, um sich selbst zu erhalten, nicht aufhalten können.

Von MAELA- Chile. Dezember 2021.

Quelle:

<https://prensaopal.cl/2021/12/28/el-primer-trabajo-del-presidente-electo-de-chile/>

Wissenschaft, Politik und Religion

Heinz Ahlreip: Vor 450 Jahren wurde Johannes Kepler geboren

Johannes Kepler erschien am Horizont der Wissenschaften zu einer Zeit, die nach Engels "Riesen brauchte und Riesen hervorbrachte, Riesen an Gelehrsamkeit, Geist und Charakter" (Friedrich Engels, Dialektik der Natur, Werke Band 20, Dietz Verlag Berlin, S. 465). Einer dieser Riesen war der am 27.12. 1571 in Weil in arme, protestantische Verhältnisse hineingeborene Johannes, der wissenschaftsgeschichtlich als Denker der Renaissance verortet wird.

Wie finster auch diese Zeit noch war, wird schon allein dadurch unterstrichen, dass seine Mutter als Hexe verfolgt wurde, ihr überdurchschnittlich intelligenter Sohn sie aber vor der Verbrennung auf dem Scheiterhaufen retten konnte.

Zugleich war es aber auch eine Zeit des Umbruchs, in der positive Marksteine für eine hellere Zukunft der Menschheit gesetzt wurden. Die Wissenschaften entzogen sich mehr und mehr ihrer Bevormundung durch die Theologie und der Triumph der Physik über die Metaphysik zeichnete sich, wenn auch mit Rückschlägen versehen, unaufhaltsam ab.

Weltanschaulich lagen das geozentrische, den Papst als Mittelpunkt des Universums postulierend, und das heliozentrische, auf die Sonne fokussierte Weltbild über Kreuz. Der das Monopol über alle weltlichen und weltanschaulichen Fragen beanspruchende Vatikan wütete mit einer pervers-exzessiven, faschistische Terrormethoden vorwegnehmenden Inquisition gegen alle Abweichungen vom offiziellen Katholizismus und gegen die Degradierung seines obersten Hirten. Man lebte noch gefährlich als Wissenschaftler im Besonderen und als denkender Mensch um Allgemeinen.

Die urbane Bourgeoisie erhob sich gegen die Demütigungen durch Adel und Klerus und beanspruchte perspektivisch die politische Führung der Nation. Kepler, in dessen Werk sich sogar erste Anhaltspunkte für den erst später aufkommenden, zunächst fortschrittlichen mechanischen Materialismus finden, arbeitete der aufstrebenden Bourgeoisie zu. Der Bau der Welt sei analog einem göttlichen Uhrwerk zu denken.

Kepler ist 18 Jahre alt, als er ab 1589 an der Hohen Schule zu Tübingen evangelische Theologie studiert. Zweifel an diesem Fach bestürmen den jungen Mann, als Magister bricht er mit der Theologie, aber nicht mit der Religion überhaupt.

Vielmehr fasziniert ihn die Astronomie. Und in ihr tritt er epochemachend auf. Er entdeckt die Gesetze der Planetenbewegung als nicht kreisförmige, sondern als elliptische, mit der Sonne als Mittelpunkt. Die Theologen verbrannten sich an ihr aus heutiger Sicht die Finger. Aber auch die Frage: Kreis, den noch Kopernikus vertrat, oder Ellipse? hatte einen weltanschaulichen Gehalt: Kepler zerstörte den auf Aristoteles zurückgehenden, von der Scholastik in Schutz genommenen Mythos zweier Welten, einer himmlischen und einer irdischen (sublunaren). Aristoteles hatte gelehrt, und die Scholastiker des Mittelalters plapperten es ihm unentwegt nach, dass im Himmel die Bewegungskonstanz herrscht, alles sei hier unveränderlich, gleichförmig und als ideal-konstant gilt die Kreisbewegung. Dieses ideale Übergewicht einer eingebildeten Welt über die reale zerbrach, es gibt für die menschliche Wissenschaft nur EINE Physik. Bei Kepler liegt hier ein Nachklang der Lehre Luthers vor, dass der gläubige Mensch keine Priester als Brückenschläger zwischen zwei Welten braucht, aber von der Existenz Gottes und damit zweier Welten ging Luther natürlich noch aus.

1609, Kepler war 38 Jahre alt, erschien sein Hauptwerk ‘Neue Astronomie’, zehn Jahre später sein naturphilosophisches Hauptwerk ‘Kosmische Harmonie’, in dem noch Elemente der pythagoreischen Harmonielehre aufgenommen worden waren. Aber Kepler überwindet die antike Auffassung, dass eine Weltseele die Welt regiert, das immerhin; gleichwohl schafft er, wie gesagt, nicht den Durchbruch zum Atheismus, aber wer will ihm das vorwerfen; in der Immanenz der naturwissenschaftlichen Einzeldisziplinen (Astronomie, Mathematik, in ihr Anfänge der Integral- und Differentialrechnung, und Physik, wesentliche Beiträge zur Sehfehlerkorrekturen durch Brillengläser, Weiterentwicklung eines astronomischen Fernrohrs) hat er Gigantisches geleistet, standen doch die Gesellschaftswissenschaftler der damaligen Zeit noch viel stärker in der Spannung zwischen der Renaissance- und der neuzeitlichen Philosophie, deren Begründer Descartes erst 25 Jahre nach Kepler geboren wurde. Dessen in seinem Werk eine zentrale Position einnehmenden ‘Meditationen’ wurden von der Sorbonne als atheistisch verworfen, die in ihnen enthaltenen zwei Gottesbeweise werteten die Professoren als vorgeschoben. Auch der erste Teil von Keplers ‘Lehrbuch der Astronomie’, zwischen 1617 und 1621 verfasst, schaffte sofort den Sprung auf den vatikanischen Index.

In welchem Widerspruch sich Kepler entwickelte, lässt sich vielleicht am bildhaftesten an seiner Haltung zur Astrologie veranschaulichen. Er verwirft sie als unwissenschaftlich; glaubt aber noch an einen bestimmenden Einfluss der Sterne bei der Geburt eines Menschen. Wir sind heute über diesen Humbug hinaus, sollten aber vorsichtig sein, Kepler zum alten Eisen zu werfen.

Er ist sogar noch politisch unser Zeitgenosse. Er störte sich an der feudalen Zersplitterung des Deutschlands seiner Zeit, und belegt nicht die heute grassierende Coronapandemie, wie sehr die Menschen durch den veralteten Föderalismus in einen Wirrwarr gestürzt worden sind und noch werden? Die zentralistische Republik bot und bietet mehr Freiheit als die föderalistische (Vergleiche Lenin, Staat und Revolution, Werke, Band 25, Dietz Verlag 1960, S. 462). Und an der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert schon weiter zu sein als unsere heutigen Politikaster im 21. Jahrhundert, das macht eben wissenschaftlichen Riesen aus, neben denen jene sich wie Zwergmissgeburten ausnehmen.

Heinz Ahlreip: Joseph Dietzgen (9.12.1828 – 15.4.1888)

Auf den ersten Blick ist es erstaunlich, dass sich ein Handwerker aus dem Streben heraus, eine freie Menschheit Wahrheit werden zu lassen, so seine eigenen Worte, der Lösung zentraler Probleme der Philosophie zuwendet und in sie einkehrt. Dieser Ausnahmedenker (Ausnahmedenker unter bürgerlichen Verhältnissen wohl gemerkt) war der am 9. Dezember 1828 in Blankenburg bei Köln geborene Joseph Dietzgen, der seinen Lebensunterhalt als Lohgerber verdiente.

Diesem Handwerker hat die Arbeiterklasse viel zu verdanken, denn der Lohgerber beweist, dass man nicht nur die Grundfrage der Philosophie: Materialismus oder Idealismus? als Mann des Handwerks richtig beantworten kann, der Autodidakt, der nie eine bürgerliche Universität von innen gesehen hat, entwickelte unabhängig von Hegel, Marx und Engels eine völlig korrekte materialistische Dialektik. 'Dietzgen, das ist unser Philosoph', pflegte Marx zu sagen. Wie hoch Dietzgen bei Marx im Ansehen stand, wird schon allein aus der Tatsache sichtbar, dass Marx ihn im Herbst 1869 in Siegburg besucht hat.

Sehr tiefe Einsichten hat Dietzgen über das Verhältnis von Hand- und Kopfarbeit erarbeitet, der Titel seines Erstlingswerkes aus dem Jahr 1869. Der Autodidakt aus armen Verhältnissen sucht erst im Alter von 41 Jahre das mitunter grelle Licht der Öffentlichkeit, trägt eindeutig programmatischen Charakter: 'Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit, dargestellt von einem Handwerker'. Der proletarische Handarbeiter weist nach, dass hinter den im Namen der Allgemeinheit vertretenen angeblich gesellschaftswissenschaftlichen Aussagen der bürgerliche Kopf'arbeiter' bornierte Klasseninteressen einer Minderheit stecken. Zu Recht betont der Handwerker die wesentliche Bedeutung der Praxis im Erkenntnisfortschritt. "Es ist das Bedürfnis, die Arbeit ergiebiger zu machen, was zu Wissenschaft und Bildung treibt. In zweiter Linie wirkt dann die Bildung allerdings sehr erheblich zurück auf die produktivere Verwendung der Arbeit" (Joseph Dietzgen, Das Wesen der Kopfarbeit, Werke, Band 1, Berlin, 1961, S. 338). Das 'in zweiter Linie' deutet daraufhin, dass eine Einkehr in das Haus des Idealismus oder gar in die vorsintflutliche Höhle der Denkweiselehrer ausgeschlossen bleibt. Der materialistisch-

wissenschaftlichen Linie bleibt er bis an sein Lebensende treu, er überlebt Marx (gestorben 1883) um fünf Jahre.

Auf ihn geht der Satz zurück, der in jedes Merkheft einer jeder klassenbewussten Arbeiterin und eines jeden klassenbewussten Arbeiters gehört, dass sich die bürgerlichen Professoren der Philosophie in der Mehrheit der Fälle als “diplomierte Lakaien der Pfafferei“ erweisen, sobald man sie ins Licht des wissenschaftlichen Materialismus hält. (Vergleiche Lenin, Über die Bedeutung des streitbaren Materialismus, in: Lenin, Ausgewählte Werke, Progress Verlag, Moskau, 1975, S. 725). In dieser Schrift vom 12. März 1922 stellt Lenin Dietzgen mit seiner scharfen Pfaffencharakteristik als Vorbild für alle Intellektuellen hin.

“Unser Philosoph“ hat die Kompassnadel für den ideologischen Kampf richtig geeicht, wir würden ohne diese Notwendigkeit, das bürgerliche Schrifttum mit Hilfe der Klassiker auszuleuchten, von einer Teufelsküche der Weltweisheit in die andere geraten. Am Ende schwirrt der Kopf. Wohin soll uns der Kompass leiten? Zum Kommunismus natürlich, und auf dem Gebiet der praktischen Politik hat Dietzgen zwei unverrückbare Pflöcke eingeschlagen, Etappen auf dem Weg zum Ziel: *Erstens* die Notwendigkeit einer revolutionären Arbeiterpartei und *zweitens* die der allgemeinen Volksbewaffnung, wobei er auf eine harte militärische Stärke der Diktatur der Arbeiterklasse setzt.

Wir haben vor kurzem nach der pseudodemokratischen Bundestagswahl im Herbst 2021 erlebt, dass die Mehrheit der bürgerlichen Ministerinnen und Minister sich als Lakaien der Pfafferei erwiesen haben und ihrem Dienst nach afterleckend die überflüssige, sie in wissenschaftlicher Hinsicht sofort disqualifizierende Floskel ‘So wahr mir Gott helfe‘ zufügten.

Hier liegt nun ohne Zweifel eine wissenschaftliche Reifeverzögerung vor. Aber noch mehr. Politik drückt immer aus, dass inhumane gesellschaftliche Verhältnisse existieren. Der preußische Generalmajor Carl von Clausewitz bezeichnete sie als Vorform des Krieges und die Klassiker haben ihn nicht widerlegt, sondern bestätigt. Erst Chruschtschow fing mit dem Werfen von Nebelkerzen an, als könnte es so etwas wie eine Politik um der Politik willen geben.

Erst durch die Religion mit ihren Sado-Maso-Mechanismen erscheint Politik etwas Schicksalhaft-Unabänderliches und “unsere“ bürgerlich-christlichen

Politikerinnen und Politiker sind auch mit einem Universitätsdiplom mental nicht weiter als die Analphabeten zur Zeit des Absolutismus. Aus irdischen Wurzeln lässt sich Politik überhaupt nicht herleiten und aus weltlicher Sicht kann nicht verständlich gemacht werden, warum es kapitalistische Herren- und lohnabhängige Untermenschen geben muss.

Heinz Ahlreip: Luther, Marx, Lenin. Thesen, die die Welt bewegten und noch bewegen.

Alle im Kontext der Weltgeschichte stehenden Kardinalthesen sind als Kritik gegen eine aus ideologischer Verblendung entstandenen Annahme einer doppelten Welt und sich daraus ableitenden Hierarchien entstanden. Gemeint sind Luthers Thesen gegen den Papst, die doch den Bauernkrieg befruchteten, mag sich der Autor auch bald nach seinem Ausbruch von ihm distanziert haben. Gemeint sind Marxens Thesen über Feuerbach und Lenins Aprilthesen. Letztere sind deshalb am wirkungsmächtigsten, weil in der Phase des Imperialismus als faulender Kapitalismus die günstigsten Bedingungen für die Ausbreitung revolutionärer Ideen vorliegen.

Luther wollte am 31. Oktober 1517 mit seinen 95 Thesen gegen den Ablasshandel den katholischen Klerus weghaben, damit der Laie eins werde mit Gott, der Gläubige kann ohne pfäffische Vermittler, ohne Papst direkt zu Gott beten. Kein irdisches Wesen darf sich dazwischen stellen, die Unterscheidung zwischen Mönch und Laie ist unsinnig. Kurzum, Luther wollte alle Deutschen in Mönche verwandeln.

Marx arbeitete 1845 in seinen Thesen über Feuerbach heraus, dass auch noch im Denken Feuerbachs eine unsinnige Verdopplung der Welt vorliege. Feuerbach kann nicht begreifen, dass das Gaukelbild einer biblisch-himmlichen Idealfamilie ihre Quelle in der schmutzig-irdischen Form der bürgerlichen Familie hat. Er bleibt vor der Revolutionierung der bürgerlichen Gesellschaft und der bürgerlichen Familie, über Gott und die Welt philosophierend, stehen.

1917 richtete Lenin seine Aprilthesen gegen eine in Russland damals aktuell gegebene, widernatürliche Doppelherrschaft von proletarischen Sowjets und bürgerlicher Duma (Parlament) aus. In seiner noch während der Doppelherrschaft vom 16. auf den 17. September 1917 verfassten Schrift 'Marxismus und Aufstand' meldete er mit der Aussage, die bolschewistische Partei sei die

einzigste Partei, die trotz aller Schwankungen um sie herum, ihren Weg genau kenne, zwar hier noch nicht ganz ausgesprochen die Monopolherrschaft seiner Partei an. (Vergleiche Lenin, Marxismus und Aufstand, Werke, Band 26, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 6). Das war insofern völlig berechtigt, als alle kleinbürgerlichen und bürgerlichen Parteien politische Herrschaft in ihrem spezifischen Klassensinne zementieren und verewigen wollten. Es ist ganz natürlich, dass solche menschenverachtenden Parteien bei jeglicher Bewegung der Volksmassen nach vorne unruhig werden und zu schwanken beginnen. Oh je, was wird aus unseren Klassenherrschaftsplänen werden, die wir für die Volksmassen zu ihrem Segen ergrübelt und zurechtgelegt haben? In Wirklichkeit sind all diese bürgerlichen Konzepte für die Volksmassen Ketten der Sklaverei, insbesondere der urbane Fabrikarbeiter und der Landmann werden zu Spielbällen von rein bürgerlich und aristokratisch besetzen, verbürokratisierten, innerlich bürgerkriegsterroristisch ausgerichteten Hierarchien.

Heinz Ahlreip: 2021 – 150 Jahre Pariser Commune

Die im März 1871 ausgerufenen Pariser Commune brachte die Lehre von Marx einen Sprung nach vorn. Dieser war so wichtig, dass in der Vorrede zur neunten (!) deutschen Auflage des Kommunistischen Manifestes vom 24. Juni 1872 das erste Manifest vom November 1847 von Marx und Engels für "heute stellenweise veraltet" erklärt wurde. "*Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann*". (Karl Marx/Friedrich Engels, Vorwort zum Manifest der Kommunistischen Partei (deutsche Ausgabe 1872), Werke, Band 18, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 96).

Im November 1847 wird noch nicht der Notwendigkeit das Wort gegeben, die bürgerliche Staatsmaschine durch eine Revolution zu zerschlagen; es wird lediglich von der 'Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat' und von der 'Erkämpfung der Demokratie' gesprochen. Aber 1852 wird im 'Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte' der Revolution die Aufgabe der Zer-

schlagung der alten Institutionen gestellt. 1871 wurde das ansatzweise genauso in Angriff genommen, also hatte Marx 1852 die gesellschaftliche Wirklichkeit im Ansatz richtig widerspiegelt.

Diese Erkenntnis ist von Sozialisten in der Weise fehlinterpretiert oder bewusst entstellt worden, als habe Marx vor einer radikalen Besitzergreifung gewarnt und einer allmählichen Entwicklung statt einer Ergreifung das Wort geredet. Das Gegenteil ist der Fall: *Die Notwendigkeit der totalen Zerschlagung des bürgerlich-terroristischen Staatsapparates wird als die Kernaussage der marxistischen Staatslehre hervorgehoben.*

Für die marxistisch ausgerichtete Arbeiterbewegung hat die Pariser Commune sowohl praktisch-politisch als auch theoretisch zwei fundamentale Bedeutungen: Die Pariser Commune war eine Diktatur des Proletariats, eine "Regierung der Arbeiterklasse" (Marx); und: Die Theorie muss dahingehend weiterentwickelt werden, dass nur auf den Trümmern der bürgerlichen Diktatur sich die proletarische errichten kann.

Durch das ganze Werk, das Lenin 1917 als 'Staat und Revolution' schrieb, zieht sich zu Recht die Klage, dass die II. Internationale mit ihrem theoretischen Haupt Kautsky die Marxsche Lehre vom Staat entstellt habe.

Es ist angebracht, auf den Untertitel dieses im August/September 1917 verfassten politischen Hauptwerkes von Lenin hinzuweisen: 'Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution'. Dadurch, dass Lenin sich in diesem Zeitraum August/September unter auffallend starker Berücksichtigung der Lehren der Pariser Commune und ihren Interpretationen von Marx und Engels den Zusammenhang der marxistischen Kernaussagen über das Verhältnis von Staat und Revolution zusammenfassend erarbeitete und ab dann sich vergegenwärtigen konnte, wurde er der maßgebende Kopf der Oktoberrevolution.

Die Entlarvung der revisionistischen Entstellung der marxistischen Lehre vom Staat durch die kleinbürgerlichen Parteien (Menschewiki und Sozialrevolutionäre) wurde auf dieser Grundlage als unabdingbare Voraussetzung des Gelingens der Revolution durchgeführt, zumal diese Parteien mit ihrer zeitweisen Mehrheit in den Sowjets von Anfang März bis Ende September 1917 in Moskau und Petrograd, also vor dem roten Oktober, drauf und dran waren, die Sowjets im bürgerlich-parlamentarischen Sinn zu versauen. Die Sowjets aber

waren Institutionen prinzipiell anderer Art, sie bildeten sich aus der großen Mehrheit der 'einfachen' Arbeiter, Bauern und Soldaten und erst bei Vorlage eines objektiven Umschlagens von Quantität in Qualität, beim Vorliegen der Mehrheit in den Sowjets für die Bolschewiki durch Sowjetwahlen, konnten die Bolschewiki am 25. Oktober 1917 die Revolution in Angriff nehmen und zum Sieg führen.

Dieser Tag gilt aber nicht als der Gründungstag der Sowjetunion, diese wurde erst nach dem Sieg im Bürgerkrieg gegen die bürgerlich-aristokratischen Weißgardisten am 30. Dezember 1922 gegründet, nachdem die letzten japanischen Okkupationssoldaten das Sowjetterritorium verlassen hatten. Am 25. Oktober 1917 hatte sich eine Sowjetregierung als Diktatur des Proletariats etabliert und eine Diktatur des Proletariats ist die Sowjetunion bis 1953 geblieben, formell sogar noch bis 1956.

Auf dem 20. Parteitag, der in diesem Jahr stattfand, trumpfte Chruschtschow, dem Vermächtnis der Pariser Commune direkt ins Gesicht spuckend, mit etwas Neuem auf, mit einer Diktatur des ganzen Volkes und mit einem Staat des ganzen Volkes. War das ein Zufall? Hinter dem politischen Machtwechsel steckten Kreise, die die angeblich starre Planwirtschaft zunächst auflockern und dann zum Einsturz bringen wollten, was unter einer Diktatur des Proletariats sehr auffällig, wahrscheinlich zu auffällig gewesen wäre.

Aber war der freie Volksstaat wirklich etwas Neues? Einen Volksstaat hatte die deutschen Sozialdemokraten in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts gefordert. "Irgendeinen politischen Inhalt, außer einer kleinbürgerlich schwülstigen Umschreibung des Begriffs Demokratie, hat diese Losung nicht" (Lenin, Staat und Revolution, Werke, Band 25, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 410).

Und dieser sozialdemokratische Volksstaat ist dann auch am 26. Dezember 1991 endgültig zusammengebrochen. Über die bürgerliche Revolution von 1789 hatte der deutsche Philosoph Kant gesagt, dass sich ein solches Ereignis nicht vergesse. Können wir nicht mit noch viel größerem Recht das Gleiche von der Oktoberrevolution behaupten?

Ein dritter Anlauf zu einer essentiellen proletarischen Revolution wird natürlich seine eigenen Gesetze schreiben, aber das Studium der Commune und der Oktoberrevolution wird uns helfen, Fehler bei der Vorbereitung zu verringern.

So wenig man eine Revolutionen machen kann, man kann nur für sie arbeiten, so wenig werden sich Fehler vermeiden lassen, aber verringern kann man sie.

Dokumentiert: Diskussionen bei der KAZ über die organisatorische Ausrichtung

Vorbemerkung der Redaktion offen-siv:

Wir bringen hier zwei Dokumente aus der Kommunistischen Arbeiterzeitung, weil wir die verhandelte Frage, bei der es um die Einheit der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland geht, für ausgesprochen wichtig halten und bei der Überlegungen zur Einschätzung der DKP selbstverständlich dazu gehören. Unsere Stellungnahme zur DKP wird allgemein bekannt sein: wir lehnen die antimonopolistische Strategie mit dem Ziel einer antimonopolistischen Demokratie, die ja nichts anders ist als der Chruschtschowsche „parlamentarische Weg zum Sozialismus“ grundsätzlich ab, denn die Geschichte hat gezeigt, dass nichts an der Diktatur des Proletariats vorbeigeht.

Aber seht selbst!

KAZ-Fraktion: „Ausrichtung Kommunismus“

Nach Erarbeiten der Plattform „Mit Klarheit zur Einheit“ (2013), nach Prüfung unseres Standpunkts in der Auseinandersetzung mit zahlreichen Organisationen in den darauffolgenden Jahren und schließlich nach Diskussion auf Mitgliederversammlungen der Gruppe KAZ rufen wir dazu auf, der DKP beizutreten.

Aufruf der KAZ-Fraktion „Ausrichtung Kommunismus“:

Die Fraktion „Ausrichtung Kommunismus“ der Gruppe Kommunistischen Arbeiterzeitung (KAZ) empfiehlt ihren Mitgliedern, Sympathisanten, Freunden und den Lesern der KAZ, der DKP beizutreten.

Begründung:

Seit dem 20. Parteitag 2013 in Mörfelden ging die DKP mit Patrik Köbele und anderen Genossinnen und Genossen der Führung der DKP in Richtung Marxismus-Leninismus.

Diese Entwicklung verläuft nicht geradlinig und trifft z.T. auf erhebliche Widerstände auch in der DKP selbst. Auch das ist Anlass, der DKP beizutreten und den richtigen Kurs zu stärken.

In den von uns in „Mit Klarheit zur Einheit“ erarbeiteten 9 Punkten haben sich entscheidende Annäherungen ergeben. Offen bleiben vor allem noch Fragen zur Einschätzung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften und zur Bündnispolitik insgesamt.

In Gesprächen wurde von Patrik Köbele - ganz in unserem Sinn - deutlich gemacht, dass auch die Arbeit für die KAZ ein Teil unseres gemeinsamen Kampfes ist, den wir erhalten werden.

Angesichts der sich zuspitzenden Konfrontation und der ideologischen, wirtschaftlichen, politischen und nicht zuletzt militärischen Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Mächte gegen Russland und die VR China;

Angesichts der Aufrüstung des deutschen Imperialismus nach Innen und nach Außen, des Aufbaus von faschistischen Strukturen und der wachsenden Aggressivität gegen die Arbeiterklasse angesichts der bevorstehenden Abwälzung der Krisenlasten nach unten;

Angesichts schließlich des Versuchs der herrschenden Klasse, die DKP auf kaltem Weg zu verbieten, sollten die revolutionären Kräfte in Deutschland nicht länger zögern, mit einem Beitritt zur DKP den Aufbau der kommunistischen Partei in Deutschland zu stärken und zu beschleunigen.

Stellungnahme der KAZ-Fraktion „Für Dialektik in Organisationsfragen“: Zur Erklärung der Fraktion „Ausrichtung Kommunismus“

Wir lehnen den Aufruf der Fraktion Ausrichtung Kommunismus ab.

Auch wir sehen, dass sich die Widersprüche zuspitzen, die Gefahr von Faschismus und Krieg wächst und damit die Dringlichkeit des Aufbaus einer Kommunistischen Partei.

Doch die Zersplitterung und Schwäche der kommunistischen Bewegung überwinden zu wollen mit der allgemeinen Aufforderung an Freunde und Leser der KAZ, bestehende Organisationen zugunsten eines Beitritts zur DKP zu verlassen, halten wir für den falschen Weg. Ein solcher Aufruf nimmt die Schwächung bis hin zur Auflösung dieser Organisationen in Kauf. Statt Zusammenarbeit und notwendiger Klärung werden so Konkurrenz und Rivalität geschürt. Die notwendige, besondere Beachtung der Bedingungen auf dem DDR-Gebiet erfolgt nicht. Die unterschiedliche Geschichte, die daraus hervorgegangenen Erfahrungen der aus der SED hervorgegangenen kommunistischen Organisationen, die Erfahrungen einer doppelten Unterdrückung durch den deutschen Imperialismus finden in einem Aufruf, diese Organisationen zu verlassen, überhaupt keine Beachtung mehr. Besonderheiten wie die Organisation der Kommunistischen Plattform in der Linkspartei werden entsprechend ignoriert.

Ein solches Vorgehen vertieft die Spaltung eher, als dass es zur Einheit im Kampf gegen den deutschen Imperialismus führt.

Wir wollen uns nicht von der DKP abgrenzen oder distanzieren, aber eben auch nicht von Anderen. Der Aufruf ist unseres Erachtens nicht im Sinne der Einheit der Kommunisten und des Marxismus-Leninismus.

Wir halten weiterhin an der Zielsetzung der Redaktionserklärung der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) von 1997 fest:

„Unser Hauptbeitrag zum Wiederaufbau der KPD zum jetzigen Zeitpunkt unter den oben geschilderten Bedingungen ist die Arbeit an der Kommunistischen Arbeiterzeitung. Wir sehen unsere Zeitung als Hilfsmittel

– zur Erarbeitung des proletarischen Standpunktes zu den heutigen Problemen des Klassenkampfes, – zur Erleichterung der mündlichen und schriftlichen Agitation der klassenbewussten Arbeiter unter ihren Kollegen,

– zur Förderung der theoretischen Arbeit, die auf die Fragen zu antworten hat, die durch die Praxis der Arbeiterbewegung gestellt werden.

Hierbei wollen wir mit klassenbewussten Arbeitern und anderen revolutionären Kräften zusammenarbeiten, auch mit denen, die unsere oben dargelegten Anschauungen über den Wiederaufbau der KPD nicht teilen (...). Untrennbar damit verbunden ist die Zusammenarbeit beim Kampf in Betrieb und Gewerkschaft und im Widerstand der werktätigen Menschen gegen Regierung und Kapital. Wir wollen auf diese Weise mit der Kommunistischen Arbeiterzeitung einen Beitrag zur Einheit der revolutionären und kommunistischen Bewegung leisten und damit gleichzeitig die Einheit in unserer eigenen Organisation wieder festigen.“

In diesem Sinne wollen wir mit unserer Arbeit an der Kommunistischen Arbeiterzeitung weiter einen praktischen und theoretischen Beitrag für den Wiederaufbau der KPD leisten.

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2021

Redaktion offen-siv: Realisierte Publikationen, Autorinnen und Autoren, Verbreitung und Finanzen der Zeitschrift offen-siv

Realisierte Publikationen in 2021:

Wir haben in 2021 ein Buch und zehn offen-siv-Hefte herausgegeben:

- Heft 1-2021: Sonderheft, Willi Franke: Die Akte Andropow, 52 Seiten
- Heft 2-2021: Zwei-Monatsheft, Januar-Februar 2021, 72 Seiten
- Heft 3-2021: Zwei-Monatsheft, März-April 2021, 124 Seiten
- Heft 4-2021: Zwei-Monatsheft, Mai-Juni 2021, 100 Seiten

- Heft 5-2021: Sonderheft, Willi Franke: Handheft des Agitators - Kommunismus für Anfänger, 80 Seiten
- Heft 6-2021: Zwei-Monatsheft, Juli-August 2021, 60 Seiten
- Heft 7-2021: Zwei-Monatsheft, September-Oktober 2021, 72 Seiten
- Heft 8-2021: Zwei-Monatsheft, November-Dezember 2021, 124 Seiten
- Heft 9-2021: Sonderheft, Der Kampf der Partei der Arbeit Koreas gegen den modernen Revisionismus; Heft 1: Der Kampf gegen den modernen Chruschtschow-Revisionismus, 120 Seiten
- Heft 10-2021: Sonderheft, Der Kampf der Partei der Arbeit Koreas gegen den modernen Revisionismus; Heft 2: Der Kampf gegen den modernen Gorbatschow-Revisionismus, 68 Seiten
- Buch, Hermann Jacobs, „Das NÖS als Widerspruch“, 188 Seiten

Insgesamt 1.060 Seiten.

Autorinnen und Autoren in 2021:

Heinz Ahlreip, Joachim Becker, Ludwig Bodemann, Botschaft der Republik Kuba in Deutschland, N.S. Chruschtschow, Fritz Dittmar, Nasrin Düll, Albert Einstein, Friedrich Engels, Asmus F., Frank Flegel, Tom Fowdy, Willi Franke, Karl-Peter Fülllein, Grover Furr, Gemeinsame Erklärung kommunistischer und Arbeiterparteien, Jürgen Geppert, G.H., Harald Guenterowitsch, Kevin Guevara, Ideologische Kommission der KPD, Hermann Jacobs, Kim Il Sung, Kim Jong Il, Kommunistische Organisation (KO), Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), Kommunistische Partei der Türkei (TKP), Vitali Kovel, KPD, Michael Kubi, Kundschafter des Friedens, Christian Kunz, W.I. Lenin, Gregor Lenßen, Karl Liebknecht, Lorenz, Rosa Luxemburg, Cornelia Noak, Kemal Okuyan, Bob Oskar, Partei der Arbeit Österreichs, Pole de Renaissance Communiste en France, E. Rasmus, Sergey Rychenkov, Redaktion offen-siv, Jens Röstel, Igor Schischkin, Karsten Schönsee, Ernesto Schwarz, V. Shapinow, Reinhardt Silbermann, J.W. Stalin, Marc Staskiewics, Karsten Steimke, J.J. Stiller, Jana Textor, Walter Ulbricht, Ingo Wagner, Xi Jinping, Yana Zavatsky, ZK der Arbeiterpartei Koreas, ZK der KPD.

Die Orte in der Bundesrepublik Deutschland, in die wir die offen-siv als Druckausgabe schicken:

Aachen, Altlandsberg, Amtzell, Augsburg, Bad Bentheim, Bad Säckingen, Bad Schwalbach, Berlin, Bielefeld, Billigheim, Blumberg, Bochum, Bonn, Braunschweig, Bremen, Brüssow, Buchholz, Cossen, Cottbus, Crailsheim, Dahme, Darmstadt, Dorfen, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Eilenburg, Eisenhüttenstadt, Elsterwerda, Eltville, Erfurt, Erkner, Essen, Frankfurt/Main, Frankfurt/Oder, Freising, Friedrichsdorf, Frohburg, Fürth, Fulda, Gera, Gerlingen, Gießen, Göttingen, Goslar, Halle, Hamburg, Hameln, Hannover, Havelberg, Heidelberg, Heilbronn, Hermsdorf, Heuchelheim, Hildesheim, Hohenahlsdorf, Heuerswerda, Ihlow, Ingolstadt, Jembke, Jena, Jetzendorf, Joachimsthal, Kaltennordheim, Karlsbad, Karlsruhe, Kassel, Kathlow, Kiel, Koblenz, Köln, Krefeld, Kronberg, Kühlungsborn, Künzel, Kurort Oybin, Leipzig, Leun, Lindau, Ludwigsburg, Märkisch-Buchholz, Magdeburg, Mannheim, Meerbusch, Mittweida, Mönchengladbach, Möttingen, Moormerland, München, Münster, Neubrandenburg, Neumünster, Neustadt, Nürnberg, Offenbach, Olbersdorf, Oldenburg, Osnabrück, Pasewalk, Potsdam, Premnitz, Puchheim, Rathenow, Raunheim, Ravensburg, Reut, Rostock, Rudolstadt, Rüsselsheim, Saarbrücken, Schlangenbad, Schweinfurt, Schweningen, Schwerin, Stadtroda, Steffenberg, Steingaden, Stelle, Strausberg, Stuttgart, Thale, Trier, Trossingen, Tübingen, Veitshöchheim, Waltershausen, Wannweil, Weinstadt, Wennigsen, Wiesbaden, Wilhelmshaven, Winsen/Luhe, Woltersdorf, Zella-Mehlis, Zittau.

Auslandssendungen der offen-siv-Druckausgabe gehen in folgende Länder:

Belarus, Belgien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, Niederlande, Österreich, Polen, Russland, Schweiz, Slowakische Republik, Tschechische Republik.

Finanzen 2021:

Ausgaben:

Druckkosten:	13.904,00 €
Porto:	3.595,20 €

Werbung ⁷ :	1.410,98 €
Büro ⁸ :	717,94 €
Bankgebühren ⁹ :	274,00 €
<u>Summe:</u>	<u>19.902,12 €</u>

Einnahmen 2021:

<u>Spendenaufkommen:</u>	<u>23.207,00 €</u>
<u>Saldo:</u>	<u>3.304,00 €</u>

Nachdem wir in 2020 ein Minus von 948,53 € hatten, ist das Ergebnis für 2021 sehr erfreulich.

Aktuelle Rücklage: 5.945,02 €¹⁰

Das ist ein Polster, mit dem wir auch eventuell kommende schwierige Zeiten überstehen könnten.

Herzlichen Dank allen, die zu diesem positiven Ergebnis beigetragen haben!

⁷ Anzeigen in der Tageszeitung „junge Welt“, eine in „Melodie und Rhythmus“. Die Zeitungen „Die Rote Fahne“ der KPD und „Der Metzger“ der Situationspresse Helmut Loewen veröffentlichen dankenswerter Weise Anzeigen von uns unentgeltlich.

⁸ Tonerkassetten, Druckerpatronen, Papier, Polster- und Briefumschläge, sonstiger Bürobedarf, Gebühr für das Verzeichnis lieferbarer Bücher, ISBN-Gebühren usw.

⁹ Die Bank hatte uns zu einem Geschäftskonto gezwungen. Dort wird jede Kontobewegung mit einer Gebühr belegt. Daher diese Bank-Gebühren.

¹⁰ Nachdem die Rücklage Ende 2020 auf 2.640,14 € zusammengeschrumpft war.

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

